

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XVII. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

19.-21. JANUAR 2017, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2017	4
VÍCTOR MANUEL LAFUENTE	6
JENNY BAUMANN	12
LILITH BUDDENSIEK	15
FLORIAN KORN	20
MARCO BRÖDEL	23
ARNE LINDEMANN	28
PHILIPP SCHULTHEIS	30
RAPHAEL SCHLATTMANN	35

XVII. Stipendiat*innenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 19. Januar 2017, 14 Uhr
ENDE: Samstag, 21. Januar 2017, 13 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

Donnerstag, 19. Januar 2017

11:45 – 13:00	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberghotel und Einchecken
13:00 – 14:00	Mittagsimbiss
14:00 – 16:00	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
16:00 – 16:30	Kaffeepause
16:30 – 18:00	Podium: Das Erbe des Kommunismus im Europa der Gegenwart, Moderation: Dr. Ulrich Mähler, Bundesstiftung Aufarbeitung
18:00 – 19:00	Abendessen
19:00 – 19:10	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
19:10 – 20:10	Víctor Manuel Lafuente: Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Interaktion internationaler Akteure 1945-1990
20:15 – 21:00	Jenny Baumann: Feindschaft und Freundschaft im Kalten Krieg. Die DDR und Spanien 1973-1990

Freitag, 20. Januar 2017

9:00 – 10:00	Lilith Buddensiek: „Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Private Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung
10:00 – 10:45	Florian Korn: Die ausgestellte Aufarbeitung. Die künstlerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anhand von ausgewählten Ausstellungen in der Bundesrepublik und der DDR von 1960 bis zur Wiedervereinigung
10:45 – 11:15	Kaffeepause
11:15 – 12:00	Marco Brödel: „Antifaschistische Widerstandskämpfer“ im Ministerium für Staatssicherheit – „Im Kampf bewährte Genossen“ oder Sicherheitsrisiko?
12:00 – 13:00	Arne Lindemann: Vom Germanenerbe zum Urkommunismus. Wandel und Beständigkeit von Urgeschichtsbildern in Museumsausstellungen der SBZ/DDR

13:00 – 15:00	Mittagspause
15:00 – 16:00	Philipp Schultheiß: Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen. Ehemalige Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt und Objekt der DDR-Aufarbeitung
16:00 – 16:45	Raphael Schlattmann: Parmenides, Engels, Einstein – Kontinuität und Wandel ostdeutscher Gravitationsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Philosophie und Politik
16:45 – 17:00	Schlussbesprechung
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Film und Gespräch: „ WENN MUTTI FRÜH ZUR ARBEIT GEHT – FRAUEN IN DER DDR “ mit der Autorin und Filmemacherin Freya Klier und Dr. Anna Kaminsky (Bundesstiftung Aufarbeitung), Autorin des Buches „ FRAUEN IN DER DDR “

Samstag, 21. Januar 2017

9:30 – 12:15	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
12:15 – 13:00	Mittagsimbiss
13:00 – 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Interaktion internationaler Akteure 1945-1990

Von Víctor Manuel Lafuente

Die Dissertation im Fach Ibero- und lateinamerikanischen Geschichte widmet sich die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien zwischen 1945 und 1990. Da lange Zeit keine offiziellen, diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Buenos Aires bestanden, wohl aber zahlreiche Verbindungen zwischen Einrichtungen und Organisationen, werden diese im Einzelnen und in ihrem Zusammenspiel untersucht. Die Dynamik, die die Handlungen der verschiedenen Akteure entwickelte, erlaubt einen interessanten Einblick in die Strukturen des komplexen politischen Umfelds der argentinischen Innenpolitik im Kontext des Kalten Krieges. Auf welche Vor- und Nachteile traf die DDR bei der Anbahnung der Beziehungen mit Argentinien? Warum war Argentinien ein wichtiger Partner für die DDR? Und welches Interesse hatte Buenos Aires wiederum an der Beziehung mit Berlin? Welche Rolle spielten die Hallstein-Doktrin und die zunehmende finanzielle Abhängigkeit Argentiniens von den Westmächten? In dieser Arbeit wird versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Die argentinische Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft. 1947 waren 16 Prozent der Einwohner der Landes Immigranten, davon über ein Viertel Deutsche. Damit stehen sie nach Italienern und Spaniern an dritter Stelle. Dazu kamen noch deutschsprachige Einwanderer, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Bis 1932 aber hatte der Anteil der Deutschen an der ausländischen Bevölkerung nur vier Prozent betragen. Die drastische Zunahme der deutschen Einwanderung am Rio de la Plata von 1933 bis 1945 steht im Zusammenhang mit dem Dritten Reich und war sehr heterogen: es handelte sich um Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Katholiken und Protestanten. Es verband sie nur die Kultur, die Sprache und dass sie vom Dritten Reich verfolgt wurden. Ein Teil organisierte sich in Argentinien im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Für die späteren Beziehungen mit der DDR von Bedeutung sind das Argentinische Tageblatt (liberal), der Verein Vorwärts (sozialdemokratisch) und die Zeitschrift Das andere Deutschland (DAA) (sozialdemokratisch/kommunistisch). Sie standen im Kontakt mit Vereinen spanischer und italienischer Einwanderer, die sich im Kampf gegen den Faschismus einsetzten.

Die Frage nach der Zukunft Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete aber die Gruppe der antifaschistischen Deutschen. Die Gründung zwei deutscher Staaten 1949 rief am Rio de la Plata keine Begeisterung hervor, denn die Migranten sahen in der Teilung Deutschlands ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen von der Zukunft ihres Landes. Die einen gaben der Sowjetunion die Schuld an der Teilung, die anderen den westlichen Alliierten. Diese sollte sich die nächsten Jahrzehnte hindurch auch durch die deutsche Gemeinschaft in Argentinien ziehen.

Einige Angestellte der infolge der Kriegserklärung Argentiniens ans Dritte Reiche beschlagnahmten deutschen Unternehmern bemühten sich um erste, rein wirtschaftliche Kontakte zur DDR. Sie vermittelten zwischen den argentinischen Behörden und Berlin. Angesichts der Verschlechterung der Wirtschaftslage in Argentinien in der ersten Hälfte der 50er Jahre suchten die argentinischen Außenhandelsbehörden Handelspartner in Osteuropa, sodass 1954 nach langen Verhandlungen zwischen beiden Staaten ein Handelsabkommen abgeschlossen und eine Handelsvertretung (HV) der DDR in Buenos Aires eröffnet wurde. Beide Länder hatten eine zentralisierte Wirtschaft und das gleiche Ziel: Sie versuchten durch Kompensationsgeschäfte zu vermeiden, harte Devisen für Importe auszugeben, und wenn möglich, zusätzliche Devisen zu erwirtschaften. Die DDR-Funktionäre hatten aber große Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Funktionären der peronistischen Regierung, hauptsächlich wegen mangelnder Kontakte und Landeskenntnisse. Für Argentinien waren diese inoffiziellen Verhandlungen auch ein Druckmittel, um die Bundesrepublik dazu zu bewegen, mehr aus Argentinien zu importieren. Es ist kein Zufall, dass die Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten über die ersten Handelsabkommen parallel stattfanden.

In der Außenpolitik beschritt die peronistische argentinische Regierung den so genannten Dritten Weg, um im Kontext des Kalten Krieges ihre Position zu stärken, indem sie mit dem Westen und dem Osten gleichermaßen Beziehungen pflegte. Dies darf nicht als Liebäugeln mit dem Kommunismus verstanden werden. Obwohl viele soziale Maßnahmen getroffen und die Wirtschaft stark zentralisiert wurde, war der Peronismus generell antikommunistisch eingestellt, wiederum standen die deutschen Exilanten dem Peronismus kritisch gegenüber. Auch aus diesem Grund kehrten viele von ihnen nach Europa zurück.

1955 wurde die politische Landschaft in Argentinien durch einen Staatsstreich gegen Peron erschüttert, der Peronismus verboten. Für die HV der DDR bedeutete dies, dass sich die Verhandlungen für die Erneuerung des Handelsabkommens verzögerten. Es hatte lange gedauert, bis man mit den peronistischen Funktionären ins Gespräch gekommen war. Kaum ein Jahr nach Abschluss des Abkommens wurde das Regierungspersonal fast vollständig ausgetauscht. Die Außenpolitik der neuen Regierung zeichnete sich durch eine Verstärkung der Beziehungen zu den Westmächten aus, vor allem zu den USA. Klar ersichtlich wird dies im Beitritt Argentiniens zum Internationalen Währungsfond.

Am 31. März 1958 wurde ein Zahlungsabkommen zwischen der argentinischen Zentralbank und der Deutschen Notenbank (DNB) unterzeichnet. Die argentinischen Behörden vermieden es, die DDR als Staat in diesem Abkommen zu erwähnen. Für die DDR aber war es weiterhin schwer, sich schnell an die wirtschaftlichen Veränderungen in Argentinien anzupassen.

Am 1. Mai 1958 trat in Argentinien Arturo Frondizi mit einem von der Idee des *desarrollismo* geprägten Programm die Regierung an. Argentinien stand vor zahlreichen Herausforderungen, u. a. der Notwendigkeit einer Modernisierung der Infrastruktur, zu der die Unterstützung durch ausländische Investitionen benötigt wurde. In verschiedenen Reden betonte Frondizi, dass Argentinien zur westlichen, christlichen Welt gehöre. Darin bestehe aber kein Widerspruch zur Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehung zum Ostblock hin. Die Einhaltung einer Nichteinmischungspolitik sei eine Prämisse der argentinischen Außenpolitik – in einer Zeit, die von der kubanischen Revolution und der Verschärfung Ost-West-Konflikts in der Deutschlandfrage geprägt war. Diese Nichteinmischungspolitik bildete die Grundlage für den Handel mit den formal-demokratischen Ostblock-Ländern und ihr Ziel war die Modernisierung des Landes. Gleichzeitig wurde aber jeder kommunistischen Infiltration der Kampf erklärt. Die Kommunistische Partei Argentiniens (KPA) und weitere Institutionen, die verdächtigt wurden, mit ihr in Verbindung zu stehen, wurden verboten und ihre Mitglieder verhaftet. Das Ministerium für Außenhandel der DDR (MAI) verlor dadurch seinen wichtigsten Rückhalt in Argentinien. Die argentinischen Geheimdienste und die Armee als Repressionsorgane blieben seitdem weiter politisch aktiv und wurden zu politischen Akteuren, die nicht der Kontrolle der republikanischen Institutionen unterstanden.

In den ersten Monaten der Regierung Frondizi hatte es zunächst gute Vorzeichen für den Warenaustausch mit der DDR gegeben. Mit Maschinen und technischer Hilfe hatte das MAI die Modernisierung der argentinischen Infrastruktur unterstützt. Paradigmatisch war zudem die Zunahme der Ölförderung, eines der wichtigsten Projekte der Regierung Frondizi, das dazu beitrug, dass Argentinien die Selbstversorgung mit Erdöl und Erdgas erreichte. Die Teilnahme an den öffentlichen Ausschreibungen war aber für die DDR aus zweierlei Gründen kompliziert: einerseits waren sie nicht transparent und die argentinischen Funktionäre oft korrupt, andererseits waren die Lieferfristen streng, was für die Planwirtschaft der DDR ein Problem darstellte.

Innerhalb der argentinischen Regierung verlor die politische Gruppierung, die für den Handel ohne ideologischen Grenzen eintrat, zunehmend an Gewicht. Die radikale Rechte sah in den Vertretungen der Ostblockländer eine ideologische Beeinflussung Argentiniens durch „revolutionären Handel“. 1961 wurde das Abkommen mit der DDR durch Buenos Aires aufgekündigt. Allerdings geschah das gleiche mit sämtliche bilateralen Handelsabkommen Argentiniens, u. a. auch mit dessen Nachbarländern, mit dem Ziel einer generellen Liberalisierung der Wirtschaft und Förderung des freien Handels. Für die Beziehungen zur DDR hatte es jedoch einschneidende Folgen. Die politische Lage spitzte sich zu und am 29. März 1962 wurde

Frondizi von der Armee gestürzt. Eine Begründung für den Staatsstreich war, dass Frondizi nicht hart genug gegen die kommunistischen und peronistische Gefahr vorgegangen sei. Am 3. September 1962 wurde das Dekret über den Aufenthalt ausländischer Bürger auf argentinischem Territorium erlassen, nach dem jeder Ausländer mit befristetem Visum sich binnen drei Tagen beim nächsten Polizeirevier zu melden hatte. Ausländer, deren Visum abgelaufen war, hatten Argentinien innerhalb von zehn Tagen zu verlassen. Das Dekret richtete sich ausdrücklich an die Bürger „demokratischer Länder“. Damit bekamen die argentinischen Sicherheitsdienste grünes Licht, gegen die Handelsvertretung der DDR in Buenos Aires zu agieren. Am 12. September 1962 wurde deren Handelsvertretung durchsucht und geschlossen, obwohl schon mit ihrer Räumung begonnen worden war. Die Handelsbeziehungen erlitten mit der Schließung der HV einen schweren Rückschlag. Berlin entschied, wenn möglich Uruguay im Warenaustausch den Vorrang zu geben, um so das benachbarte Argentinien spüren zu lassen, dass mit der Schließung der HV der DDR der argentinischen Wirtschaft wichtige Geschäfte entgingen. Diese Strategie erwies sich als erfolgreich. Argentinische Firmen verteidigten in ihrem eigenen Interesse das Anliegen der DDR vor der argentinischen Regierung.

Die Situation änderte sich schließlich mit dem politischen Wandel auf internationaler Ebene, als die DDR durch die Anbahnung der Ostverträge in ihrer Position gestärkt wurde. Aber auch in der Innenpolitik Argentiniens gab es Veränderungen, Ab 1970 folgten in Buenos Aires aufeinander in der Präsidentschaft die Generäle Lanusse und Levingston, beide waren konservativ und nationalistisch orientiert. Ihr Anliegen war es, die argentinische Souveränität durch die Diversifizierung der Handelsbeziehungen zu stärken, um so die Folgen der US-Hegemonie auf dem amerikanischen Kontinent zu mildern. Politisch ansonsten pro-westlich, versuchten so beide Präsidenten, neue Absatzmärkte für argentinische Agrarprodukte zu öffnen, womit sie einer langjährigen Forderung der argentinischen Großgrundbesitzer nachkamen.

In diesem Zusammenhang nahm das MfAA Kontakt mit Diplomaten argentinischer Auslandsvertretungen auf. Ihr Ziel war es, durch die staatliche Anerkennung der DDR die Handelsmöglichkeiten zu erweitern. An eine Zusammenarbeit auf politischer Ebene wurde nicht gedacht, denn die argentinischen Regierungen der damaligen Zeit machten aus ihrer anti-kommunistischen Haltung keinen Hehl - sogar nach der staatlichen Anerkennung sollten die Beziehungen sich in den ersten zehn Jahren auf den wirtschaftlichen Austausch beschränken. Nach der Unterschrift der Grundlagenverträge war für Buenos Aires die Anerkennung der DDR unausweichlich. Am 25. Juni 1973 erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Buenos Aires konsultierte Bonn während es mit Berlin das gemeinsame Kommuniqués zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen entwarf, um so einen Affront vorab zu vermeiden. Damit kam es zu einer neuen Etappe in den Beziehungen zwischen Berlin und Buenos Aires, die allerdings durch die politische Instabilität Argentiniens geprägt wurde. Die Gewalt von links und rechts, der Putsch gegen die Regierung Allende in Chile 1973 und die komplizierte wirtschaftliche Lage erschwerten eine kohärente bilaterale Politik.

Nach dem Militärputsch 1976, der die Beziehung Argentiniens zum Westen erheblich belastete, versuchten die DDR und die Kommunistische Partei Argentiniens durch eine betont gemäßigte Haltung den Abbruch der Beziehungen durch die argentinische Regierung zu vermeiden. Im Widerspruch dazu stand, dass KPA-Mitglieder in der DDR eine militärische Ausbildung erhielten. Intern begründet wurde diese Geheimausbildung nicht etwa mit dem Widerstand gegen die Militärdiktatur, sondern mit dem Ziel, für eine zukünftige Revolution der argentinischen Arbeiterklasse eine Avantgarde heranzubilden - eine äußerst utopische Vorstellung. Erst mit der Wiederherstellung der Demokratie in Argentinien 1983 kam es zu einer umfassenden Entwicklung der Beziehungen. Auch diese hatten dann durchaus paradoxe Auswüchse: Während einerseits die Friedensräte beider Länder für Abrüstung eintraten und die DDR die friedenspolitischen Initiativen Argentiniens im Südatlantik unterstützte, wurden andererseits Dreiecksgeschäfte im Waffenhandel abgewickelt, da Devisenerlöse für beide Länder von großer Bedeutung waren. In der Auseinandersetzung um die Falklandinseln unterstützte die DDR die argentinische Position und zog sogar Waffenlieferungen in Erwägung. Sowohl in Berlin als auch in Buenos Aires waren solchen Kontakte brisant. Mehrmals

stellte sich die SED-Grundorganisation der ostdeutschen Botschaft in Buenos Aires die Frage, inwieweit man mit einer Regierung verhandeln konnte, die Linke und Gewerkschafter verfolgte und ermordete. In Buenos Aires gab es heftige Diskussionen zwischen verschiedenen Gruppierungen, die sich für einen strengen Antikommunismus beziehungsweise für den Handel mit dem ideologischen Gegner verkämpften. Der Druck der USA, die nationalistische Bestrebungen in Buenos Aires in Grenzen zu halten und ihre Kritik an den Menschenrechtsverletzungen führten letztendlich dazu, dass Argentinien seinen Handel mit der UdSSR, der DDR und weiteren Ländern des Ostblocks vertiefte.

Dennoch war es die weitgehende Schließung des europäischen Markts für Argentinien, die ab 1983 die neue demokratische argentinische Regierung zur Vertiefung der Beziehungen mit Berlin führte. Während die Regierungen Spaniens, Frankreichs und Italiens sich nach 1983 für den Handel Europas mit Argentinien einsetzten, plädierte Bonn zusammen mit den Regierungen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan für eine weitergehende Isolierung des Landes.

Für die DDR war Argentinien wirtschaftlich und politisch von Bedeutung, auch um in Südamerika weiter Fuß zu fassen. Andererseits war Argentinien zwar in die Weltwirtschaft integriert, konnte aber für seine Entwicklung selten auf der Hilfe der westlichen Länder des Nordens zählen, obwohl gerade diese sich besonders daran interessiert an seiner wirtschaftlichen Entwicklung zeigten. Es gilt zu untersuchen, inwieweit die DDR in diesem Kontext in der Lage war, die sich ihr vor Ort bietenden Chancen zu nutzen.

Kurzbiographie

Víctor Manuel Lafuente, geb. 1980 in Buenos Aires, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Spanische Philologie, Philosophie und Sozialwissenschaften in Buenos Aires und Berlin. Studiumabschluss mit Magisterarbeit über die Geschichtsschreibung in der DDR und den Spanischen Bürgerkrieg. Von 2011 bis 2015 Spanischdozent an der Universität Stuttgart. Seit 2016 Mitglied der Forschungsgruppe GEHlge am Instituto de Historia Americana y Argentina Dr. Emilio Ravignani der Universität Buenos Aires. Dissertation betreut von Prof. Dr. H. Meding und Prof. Dr. R. Jessen am Historischen Institut der Universität zu Köln.

Gliederung

1. Einleitung

- 1.1 Einführung
- 1.2 Stand der Forschung und Quellenlage
- 1.3 Fragestellung
- 1.4 Strukturtheorie und internationale Akteure

2. Deutsche Einwanderung in Argentinien

- 2.1 Deutschsprachige Einwanderung vor 1945
- 2.2 Deutsche Presse in Argentinien: das Argentinische Tageblatt und Das andere Deutschland angesichts der Spaltung Deutschland
- 2.3 Rückwanderung ins geteilte Deutschland: zwischen Begeisterung und Enttäuschung
- 2.4 Überwachung der deutschen Exilanten in der DDR und in Argentinien
- 2.5 Der Verein Vorwärts und das Ateneo Alejandro von Humboldt

3. Der neue Anfang der deutsch-deutsch-argentinischen Beziehungen unter dem Peronismus (1946-1955)

3.1 Außenpolitik des ersten Peronismus

- 3.2 Argentinien im UN-Sicherheitsrat und die Berliner Krise
- 3.3 Die Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Argentinien
- 3.4 Erste inoffizielle Verhandlungen mit der DDR
- 3.5 Zwei zentralisierte Wirtschaftssysteme im Austausch

4. Innere Konflikte Argentiniens und die Beziehungen zu Berlin (1955-1970)

- 4.1 Die Liberalisierung der argentinischen Wirtschaft (1955-1962)
- 4.2 Beiträge der DDR zum Entwicklungsprojekt der Regierung Frondizi
- 4.3 Verhandlungen zur Neueröffnung von Handelsvertretungen im Jahre 1964

5. Außenpolitische Faktoren: Argentinien als Akteur im Kalten Krieg? (1955-1973)

- 5.1 Argentinien und die Hallstein-Doktrin
- 5.2 Antikommunismus und Antiamerikanismus argentinischer Eliten

5.3 USA und Großbritannien als politische Störfaktoren zwischen Berlin und Buenos Aires

5.4 Das MfS in Argentinien

5.5 Operationen westlicher Geheimdienste gegen den Ostblock in Argentinien

5.6 Argentinische Geheimdienste und Sicherheitskräfte als politischer Faktor

6. Der Weg zur Anerkennung (1970-1976)

6.1 Innere Faktoren: argentinische Eröffnung zum Osten unter Rechtsregierungen

6.2 Internationale Faktoren: die Folgen der Grundlagenverträge

6.3 Anerkennung und erste Schritte im Kontext von Gewalt von links und rechts

7. Die letzte argentinische Militärdiktatur zwischen Antikommunismus und Realpolitik (1976-1982)

7.1 Kommerzielle Beziehungen im internationalen Kontext

7.2 KPA und SED und die Frage der Menschenrechtsverletzungen

7.3 Gemeinsame Interessen trotz Antikommunismus: der Falklandkrieg

8. Intensivierung der argentinischen Beziehungen zur DDR (1983-1989)

8.1 Abrüstungspolitik und Waffenhandel

8.2 Südatlantikpolitik: Falklandfrage und Fischerei

8.3 Zusammenarbeit in internationalen Organisationen

8.4 Entwicklungshilfe und Infrastrukturentwicklung in Argentinien

8.5 Die Folgen der Politik der Kohl Regierung für die Erweiterung der Beziehungen zwischen Berlin und Buenos Aires

9. Ende der Beziehungen zur DDR

9.1 Die Frage der deutschen Einheit

9.2 1989: Zwei Länder in der Krise

9.3 *¡Libertad para Honecker!* Die deutsche Gemeinschaft vor dem Zerfall der DDR

10. Schlussfolgerung

Literatur- und Quellenverzeichnis

Anhang

Feindschaft und Freundschaft im Kalten Krieg. Die DDR und Spanien 1973-1990.

Von Jenny Baumann

Am 11. Januar 1973 begingen zwei weltanschauliche Antagonisten einen ideologischen Tabubruch: Das kommunistische SED-Regime und das franquistische Spanien nahmen diplomatische Beziehungen zueinander auf. Die DDR war damit das einzige Land des Ostblocks, das auf offizieller Ebene Beziehungen zu Franco-Spanien einging. Nach dem Tod Francos 1975 engagierte sich die DDR zudem kulturpolitisch in Spanien. Doch die Beziehungen blieben schwierig, denn das Spanien der „Transición“ strebte nach Demokratie und auch die Bundesrepublik versuchte, Einfluss zu nehmen.

Eine Auseinandersetzung mit den Beziehungen zwischen Spanien und dem „anderen Deutschland“ hat bislang nicht stattgefunden. Dies ist aus politik- und diktaturgeschichtlicher Perspektive ein Versäumnis: Gerade aus der Widersprüchlichkeit der Beziehungen lassen sich „Strukturbedingungen politischen Handelns“ (Hermann Wentker) ablesen und vergleichen. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie beide Regime trotz der Widersprüche funktionierten, die den Kern ihrer Legitimität und Identität anrührten. Eine Betrachtung über die Zäsur von 1975 hinweg ermöglicht es darüber hinaus, die ostdeutsche Außenpolitik auf der Folie des spanischen Spezifikums der Transición zu erklären, so die dortige Bezeichnung des friedlichen Übergangs zur Demokratie. Dieser eröffnete der SED neue Einflussmöglichkeiten. So sah die Liga für Völkerfreundschaft (LfV) in Spanien „eine spürbare Aufgeschlossenheit für die gesellschaftlichen Entwicklungen anderer Länder.“

Immer wieder tauchen in den Beziehungen die Begriffe „Feindschaft“ und „Freundschaft“ auf: Die kommunistische Partei Spaniens beschuldigte bspw. die SED, mit der Botschaftseröffnung in Madrid ihren Feinden in die Hände gespielt zu haben; 1979 wurde die Nationale Freundschaftsgesellschaft „Wilhelm von Humboldt zum Kennenlernen der DDR“ gegründet. Dies lässt erkennen, dass in der Détente-Ära des Kalten Krieges die klare Einteilung in „Freund“ und „Feind“ nicht mehr möglich und die Wirkungsmacht des ideologischen Konflikts begrenzt war. Wie tief saß die Feindschaft zwischen ostdeutschem Antifaschismus und spanischem Antikommunismus und wie wurde sie gegen konjunkturelle Staatsinteressen abgewogen? Wie eng oder zweckmäßig, wie politisch ertragreich war die „Freundschaft“ eines Freundschaftskomitees?

Der erste Teil der Arbeit vergleicht die beiden Diktaturen in den ambivalenten Diskursen, die sich aus der Kontaktaufnahme ergaben: Wie wurden Widersprüche nach innen und außen kommuniziert, beispielsweise gegenüber den ehemaligen Spanienkämpfern in der DDR? Ebenso musste sich die Regierung Francos gegenüber der Falange, der Amtskirche und den konservativen Eliten erklären. Anhand der Arbeit und Kontakte der Botschaften in Madrid und Ost-Berlin muss außerdem das Verhältnis der außenpolitischen Apparate zu den Zentralregierungen beleuchtet werden.

Der zweite Teil der Arbeit fokussiert das ostdeutsche Engagement in Spanien nach 1975. Welche „Images“ wollte die DDR in die junge Demokratie transportieren und wie versuchte sie, auf den Demokratisierungsprozess einzuwirken? Wie verhielt sich etwa der Friedensrat der DDR zur Integration Spaniens in NATO und EG? Hier erfolgt auch eine Analyse der spanischen Partner: Arbeitspläne der LfV zeigen, dass die DDR um alle am Transitionsprozess beteiligten spanischen Akteure warb, darunter auch um Vertreter der Kirche und der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Die Arbeit prüft, wie flexibel das SED-Regime auf die gesellschaftlichen Realitäten im Spanien der 1980er Jahre regierte, ob es in der späten Auslandsarbeit zu Liberalisierungen kam und welche, ggf. unterschwellig, kommunikativen Transferprozesse stattfanden. An ausgewählten Stellen wird auch das Dreiecksverhältnis DDR-Spanien-Bundesrepublik berücksichtigt, so etwa die Reaktion Westdeutschlands auf die Beziehungsaufnahme 1973 und die Auswirkungen der Nelken-Revolution in Portugal 1974 auf die west- und ostdeutsche Außenpolitik gegenüber Spanien. In der kulturellen Auslandsarbeit kam es ab Ende der 1970er Jahre zu einer deutsch-deutschen Konkurrenz: Wie

versuchte die DDR, ein Gegenangebot zu den etablierten westdeutschen Institutionen zu schaffen und inwiefern gelang dies?

Als Quellen dienen in erster Linie deutsche und spanische Archivalien, ergänzt um Presseerzeugnisse und Zeitzeugeninterviews.

Kurzbiographie

Jenny Baumann, geboren 1986, studierte Geschichte, Englisch und Spanisch in Heidelberg. 2014 schloss sie ihr Studium mit dem 1. Staatsexamen ab. Ihr Interesse gilt der historisch-politischen Bildung; zuletzt war sie Assistentin der Bildungsreferentin der Stiftung Haus der Geschichte. Als freie Journalistin ist sie für das Goethe-Institut Madrid tätig. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Birgit Aschmann an der Humboldt-Universität Berlin betreut.

GLIEDERUNG

I. Forschungsstand und Quellenlage

II. Zwischen Ideologie und Interessenspolitik: Die DDR und Spanien bis 1975

1. VORGESCHICHTE: DIE UNMÖGLICHKEIT OFFIZIELLER BEZIEHUNGEN BIS 1973

1.1 Staatliche Ebene: ostdeutscher Antifaschismus und spanischer Antikommunismus

1.2 Parteebene: SED und PCE

1.3 „Gesellschaftliche“ Ebene: Das Solidaritätskomitee für das spanische Volk und die Sektion der ehemaligen Spanienkämpfer im KdAW

2. TABUBRUCH: DIE AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN 1973

2.1 Die DDR

2.1.1 Motive und Interessen des SED-Regimes: Zwischen „friedlicher Koexistenz“ und der „Unmöglichkeit ideologischer Koexistenz“

2.1.2 Antifaschismus auf dem Prüfstand: Legitimations- und Rechtfertigungsstrategien der SED im „öffentlichen“ und wissenschaftlichen Diskurs

2.1.3 Ideologisches „No-Go“: Gegendiskurs (Solidaritätskomitee für das spanische Volk, Sektion der ehemaligen Spanienkämpfer)

2.2 Spanien

2.2.1 Politische Motive und Interessen des Franco-Regimes

2.2.2 „Sopresa y disgusto“: Die Reaktion des PCE

2.2.3 Antikommunismus auf dem Prüfstand: offizieller Diskurs und Gegendiskurs (Falange, Amtskirche, konservative Eliten)

2.3 Bundesrepublik

2.3.1 Reaktion auf die Beziehungsaufnahme 1973

2.3.2 Westliche Kommunismusangst? Die Nelkenrevolution 1974 und die Furcht vor einem kommunistischen Umsturz in Spanien

3. DIE BOTSCHAFTEN IN MADRID UND OST-BERLIN:

3.1 Aufgaben, Arbeitsweisen und Position im jeweiligen Gastland

3.2 Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen und zur Opposition

4. ERGEBNISSE: ZUR FUNKTIONSWEISE ZWEIER MODERNER DIKTATUREN

- 4.1 Ideologie vs. Interessenspolitik und Grenzen ideologischer Konflikte
- 4.2 Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Außenpolitik in autoritären Regimen

III. Politische und kulturelle Einflussnahme: Das Engagement der DDR in der spanischen Transición und der jungen Demokratie bis 1990

1. EISZEIT: EINGEFRORENE DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN 1975-1977

2. POLITISCHE BEZIEHUNGEN 1977-1990

- 2.1 Spanien als „Tabula rasa“: Motive und Interessen des SED-Regimes
- 2.2 Die Beziehungen der SED zu PCE, PSOE und den nationalen Autonomiebewegungen Kataloniens und des Baskenlandes
- 2.3 Interessen spanischer Außenpolitik der Transición: zwischen Blockfreiheit, NATO-Beitritt und europäischer Integration
- 2.4 Honecker in Spanien 1988: zwischen antifaschistischer Nostalgie und staatsmännischer Repräsentation

3. AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

- 3.1 Außenpolitische Player? Die Rolle der Auslandsinformation und Liga für Völkerfreundschaft in der Außenpolitik der DDR
- 3.2 „Positive Faktoren“ für eine politisch-ideologische Einflussnahme im Spanien der 1980er Jahre
- 3.3 Akteure und Programmarbeit vor Ort: Nationale Freundschaftsgesellschaft „Wilhelm von Humboldt zum Kennenlernen der DDR“, Freundschaftskomitee DDR-Spanien, Friedensrat der DDR, Künstlerdelegationen, Studien- und Jugendtourismus
- 3.4 Ideologischer Sehnsuchtsort DDR? Spanische Akteure und ihr Interesse an der DDR

4. WETTSTREIT UM SPANIEN: KULTURKONKURRENZ ZWISCHEN DDR UND BUNDESREPUBLIK

- 4.1 Westdeutsche Akteure (DGB, IG Metall, SPD, FES, Goethe-Institut)
- 4.2 Interessenskollision vor Ort

5. DAS ENDE DER OSTDEUTSCH-SPANISCHEN BEZIEHUNGEN

- 5.1 Spanien und die friedliche Revolution 1989
- 5.2 Die Botschaftsaufösungen 1990

6. ERGEBNISSE: MÖGLICHKEITEN UND EIGENDYNAMIKEN OSTDEUTSCHER AUSSENPOLITIK IM POSTFRANQUISTISCHEN SPANIEN

- 6.1 „Doble Transición“ in Spanien und der DDR? Liberalisierungstendenzen in der auswärtigen Kulturpolitik der DDR?
- 6.2 „Transición revisited?“ Versuchte Einflussnahme ostdeutscher Außenpolitik im Demokratisierungsprozess Spaniens

IV. Ergebnisse: Die Beziehungen DDR-Spanien im Kontext des Kalten Krieges

„Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Private Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung

Von Lilith Buddensiek

Als der Bundestag am 14. November 1991 zusammentrat, um über das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) abzustimmen, herrschte eine gedämpfte Atmosphäre. Das Gesetz – und v.a. das Recht auf Einsicht in die „eigene“ Stasi-Akte – sei ein Wagnis, das ebenso große Chancen wie Risiken beinhalte, betonten die Abgeordneten. Es sei kaum abzusehen, wie die Opfer mit dem Wissen über ihre Bespitzelung und „Bearbeitung“ durch die Mitarbeiter bzw. Zuträger des ehemaligen Geheimdienstes umgehen würden. Erst in den kommenden Monaten werde sich zeigen, ob die Aktenöffnung, wie erhofft, zu mehr „Gerechtigkeit und innerem Frieden“ oder aber zu „neuem Unfrieden“ und „gegenseitigem Zerstören“ führen werde.¹

Seinen Ursprung hatte das (gesellschafts)politische Großexperiment „private Akteneinsicht“ nicht, wie vielfach behauptet, im revolutionären Herbst des Jahres 1989. Seine Geschichte beginnt am 4. und 5. Dezember 1989, als aufgebrachte Bürger, einem Aufruf des Neuen Forums folgend, Kreis- und Bezirksdienststellen der Staatssicherheit besetzten². In den Gebäuden stießen die Aktivisten auf umfangreiches Aktenmaterial, darunter zahlreiche Personendossiers, die der Staatssicherheitsdienst zu (vermeintlichen) „Feinden“ des DDR-Regimes angelegt hatte. Die darin gesammelten Berichte sogenannter „inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) sowie die Einschätzungen und „Maßnahmepläne“ der Hauptamtlichen boten den Besetzern einen ersten Einblick in Ausmaß und Perfidie der geheimdienstlichen Überwachung und Repression. Viele von ihnen trugen ihre Eindrücke mündlich weiter, andere nutzten die Gelegenheit Akten zu kopieren oder einfach mitzunehmen. In der Bevölkerung, die bis dato nur sehr vage Vorstellungen von den Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes gehabt hatte, führten die Enthüllungen zu einer Art „Aktenschock“³. Erste Forderungen nach Auskunft über bzw. Einsicht in die „eigene“ Akte wurden laut. Die Besetzer selbst, nunmehr in Bürgerkomitees organisiert, standen derartigen Ansinnen zunächst skeptisch gegenüber und auch die führenden Vertreter der DDR-Oppositions- bzw. Bürgerrechtsbewegung sprachen sich gegen eine Aktenöffnung aus.⁴ Wenn jeder wisse, wer ihn bespitzelt oder über ihn ausgesagt hatte, so die Befürchtung, drohten die Gesellschaft weiter destabilisiert und „gewalttätige[...] Auseinandersetzungen bis hin zu Mord und Totschlag“⁵ evoziert zu werden. Als jedoch immer deutlicher wurde, dass ein Verschluss des Aktenmaterials Gerüchte und Verleumdungen nicht verhinderte, sondern vielmehr beförderte und mit den Enttarnungen Ibrahim Böhmes und Wolfgang Schnurs im Zuge der ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 die Dimensionen und politischen Implikationen der „inoffiziellen Stasi-Mitarbeit“ an Kontur gewannen, änderten die Bürgerrechtler ihre Haltung. Aus der emotionalen Forderung „Ich will meine Akte!“ entwickelte sich im intellektuellen Diskurs das Konzept „Aufarbeitung durch Akteneinsicht“. Man ging nunmehr davon aus, die Betroffenen⁶ hätten ein Recht darauf zu erfahren, wer sie in der Vergangenheit bespitzelt und wie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf ihr Leben eingewirkt hatte. Dabei sei die Akte nicht nur Hilfsmittel zur Selbstfindung und zwischenmenschlichen Versöhnung, sondern ferner Vehikel der (noch

¹ Stenografischer Bericht zur 57. Sitzung des 12. Bundestages vom 14.11.1991.

² Zur Problematisierung des Begriffs s. Christian Booß, Vom Mythos der Stasi-Besetzungen, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 44-52, hier: S. 48f.

³ Christian Booß, Interessenzwietracht bei der deutschen Einigung. Bundesrepublikanische Widerstände gegen die Öffnung der Stasi-Akten und das Volkskammergesetz vom 24. August 1990, in: Horch und Guck 57 (2007), S. 53-58, hier: S. 1.

⁴ Die Mitglieder der Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung sowie der neu gegründeten Bürgerkomitees werden in der Folge (vereinfachend) unter dem Begriff „Bürgerrechtler“ gefasst.

⁵ Bürgerkomitee Berlin zitiert nach Klaus Bästlein, Der Kampf um die Akten. Die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit 1989/90, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 830-837, hier: S. 833.

⁶ Nach §6 (3) StUG handelt es sich bei den „Betroffenen“ um „Personen, zu denen der Staatssicherheitsdienst aufgrund zielgerichteter Informationserhebung oder Ausspähung [...] Informationen gesammelt hat“.

jungen) Demokratie: Mittels Akteneinsicht, so die Hoffnung, könnte die jahrzehntelang internalisierte Unmündigkeit weiter Teile der DDR-Gesellschaft überwunden und aus „Untertanen [...] Citoyen“⁷ werden.

Die Vorstellungen der Bürgerrechtler fanden Eingang nicht nur in das am 23. August 1990 von der Volkskammer verabschiedete „Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“ sondern auch in den Einigungsvertrag, der – nach medienwirksamen Protesten einiger Aktivisten – um eine Zusatzvereinbarung „zur weiteren Vorgehensweise hinsichtlich der vom ehemaligen Staatssicherheitsdienst der [DDR] gewonnenen personenbezogenen Informationen“ ergänzt wurde. Das darin garantierte Recht auf Auskunft aus der „eigenen“ Akte wurde vom ersten gesamtdeutschen Bundestag (nach kontroversen Diskussionen und auf Betreiben insbesondere von FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) zu einem Einsichtsrecht ausgeweitet. Debattiert wurde darüber hinaus die Frage, ob den Bespitzelten die Klarnamen der in ihren Akten nur mit Decknamen aufgeführten Stasi-Mitarbeiter bzw. -Zuträger genannt werden dürften. Die vorgebrachten Argumente und Erwartungen („innere[r] Frieden des Einzelnen [sic!] und der Gesellschaft“⁸ versus „Selbst-“ und „Lynchjustiz“⁹) entsprachen weitgehend jenen der DDR-Debatte. Auch die zugrundeliegenden Fragen blieben dieselben: Würden die betroffenen Bürger in der Lage sein, die ihnen gewährten Informationen verantwortungsbewusst zu nutzen? Wann stellte die Zurückhaltung von Informationen einen sinnvollen Schutz des Bürgers – ggf. auch vor sich selbst –, wann eine „wohlmeinende Entmündigung“¹⁰ dar? Mit dem im Dezember 1991 verabschiedeten StUG fiel die Entscheidung zugunsten einer überaus liberalen Lösung der Aktenfrage: Den Betroffenen wurde ein weitestmögliches Zugriffsrecht auf „ihre“ Akten gewährt (einschließlich eines Rechts auf Decknamenentschlüsselung); der Umgang mit den gewonnenen Erkenntnissen – entgegen aller Bedenken – fast vollständig privatisiert. Dies spiegelt(e) sich auch im Selbstverständnis des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) und, damit einhergehend, der Praxis der privaten Akteneinsicht wieder. Entgegen der „pastoral“ aufgeladenen Rhetorik einzelner ihrer Vertreter (und hier v.a. Joachim Gaucks), verstand sich die Behörde von Anfang an vornehmlich als Auskunftsinstanz. Versuche, die Einsichtnehmer in der Auslegung „ihrer“ Akten, den daraus abgeleiteten (allgemeinen) Schlüssen und/oder Handlungen zu beeinflussen, wurden und werden nicht unternommen.

Angesichts des unerwartet hohen Antragsaufkommens entschied der BStU, jene Antragsteller bei der Einsichtnahme zu privilegieren, die in besonderem Maße von der Staatssicherheit überwacht bzw. „bearbeitet“ worden waren. Die Mehrheit dieser massiv Betroffenen zeigte sich nach dem Studium ihrer Akten schockiert über Ausmaß und Perfidie der geheimdienstlichen Überwachung und Repression. Viele von ihnen sahen sich genötigt, bisherige Gewissheiten zu hinterfragen sowie z.T. zu revidieren. Diese betrafen zum einen das Umfeld der Betroffenen und hier v.a. jene (vermeintlich) Vertrauten, die sich gegenüber dem MfS über die Maße auskunftsfreudig gezeigt hatten bzw. deren Berichte diskreditierende Details oder „boshafte“ Wertungen enthielten. Versuche, nachträglich miteinander ins Gespräch zu kommen, um zu verstehen „was in diesen Menschen vorgegangen“¹¹ war, verliefen vielfach unbefriedigend. Zum anderen lösten die Spitzel-Berichte und „Maßnahmepläne“ bei den Betroffenen Spekulationen darüber aus, inwiefern das Leben des Einzelnen oder die Aktivitäten

⁷ Dieses Zitat stammt zwar aus einem späteren Beitrag Joachim Gaucks (Joachim Gauck, Die Akten und die Wahrheit. Fünf Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz, in: Edda Ahrberg (Hg.), Die Akten und die Wahrheit. Fünf Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz; Vorträge einer Fachkonferenz, Sankt Augustin 1997, S. 11-26, hier: S. 16), ähnliche Formulierungen finden sich jedoch bereits in der 1990 geführten Debatte (s. u.a. Lutz Rathenow, Akteneinsicht als Therapie, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 01.06.1990).

⁸ Hansjörg Geiger zitiert nach Petra Bornhöft/Götz Aly, Akteneinsicht? Später! Interview mit Joachim Gauck und Hansjörg Geiger, in: die tageszeitung vom 17.11.1990.

⁹ S. z.B. den Bericht zur 633. Sitzung des Ausschusses für Innere Angelegenheiten am 24.06.1991, Teil II: Diskussionsprotokoll, S. 32.

¹⁰ Burkhard Hirsch zitiert nach dem stenografischen Bericht zur 31. Sitzung des 12. Bundestages vom 13.06.1991, S. 2375.

¹¹ Rainer Eppelmann zitiert nach o.A., Die Angst, einen Teil der guten Erinnerung zu verlieren, in: Berliner Morgenpost vom 03.01.1990.

ganzer Gruppen Stasi-gesteuert gewesen sein könnten. Damit einher ging eine Reihe z.T. öffentlich ausgetragener Deutungskonflikte – etwa über die Literatenszene vom „Prenzelberg“ (von Wolf Biermann als „blühender Schrebergarten der Stasi“¹² bezeichnet), die 1989 gegründeten Parteien und die DDR-Opposition im Allgemeinen.

In ihrem Selbstverständnis herausgefordert sahen sich die Einsichtnehmer zudem dort, wo sie in den Unterlagen auf Einschätzungen ihrer Person oder ihres Werkes stießen. Diese wurden – obwohl sich fast alle Betroffenen (mehr oder weniger explizit) von den zugrundeliegenden Deutungsmustern der Stasi distanzieren – keineswegs immer und rundweg als „unwahr“ abgetan. Vielmehr bedingten auch sie Prozesse der Wieder- bzw. Neubewertung vergangener „Wirklichkeit“ und damit die Entstehung neuer (oder Bestätigung alter) Gewissheiten zur eigenen Person und Rolle im SED-Regime. Eines der wohl markantesten Beispiele in diesem Kontext ist ein von Lutz Rathenow als „Aktenneid“ titulierte Phänomen, bei dem die Frage ob und in welchem Umfang Aktenordner zu eigenen Person angelegt worden waren (Als wie oppositionell/wichtig hat mich die Stasi eingeschätzt?) zur entscheidenden Frage in der Bewertung der eigenen Vergangenheit avancierte (Wie oppositionell/wichtig war ich?).

Das mediale Interesse an der privaten Akteneinsicht war, insbesondere in den Anfangsmonaten, immens. „Gestern war der Tag, auf den wir gewartet haben. Der Tag der Wahrheit für alle Stasi-Opfer, die nun erfahren, wer sie bespitzelte, wer sie peinigete. Der Tag der Wahrheit aber auch für die Täter, die sich nicht länger verkriechen können.“, schrieb die BILD am 3. Januar 1992 zu den ersten Einsichtnahmen. Zugang zu dieser „Wahrheit“ erhielten die Medien über die Einsichtnehmer – und hier v.a. über einen relativ kleinen Kreis ehemaliger Bürgerrechtler und massiv Betroffener, der (im Sinne der Aufklärung) bereitwillig Auskunft gab. So ließ etwa der ehemalige Bürgerrechtler und Grünen-Politiker Gerd Poppe noch am Abend des 2. Januar verlauten, über ihn und seine Frau gebe es „50 Stasi-Akten mit 15.000 Blatt Papier“, wobei er bereits auf den ersten Seiten auf eine Reihe ihm bis dato unbekannter „IM“ gestoßen sei, deren einziges Unterscheidungsmerkmal „im jeweiligen Grad ihrer Bösartigkeit“ läge.¹³ Was die Betroffenen in einer solchen Mischung aus vorselektierten Fakten und eigenen Deutungen an die Presse trugen, wurde von dieser nicht nur vielfach unhinterfragt wiedergegeben (und damit für den einzelnen Fall als „Wahrheit“ anerkannt), sondern darüber hinaus pauschal auf ganze Gruppen bzw. die DDR-Gesellschaft insgesamt übertragen. So schrieb etwa DER SPIEGEL am 13. Januar 1992: „Die Akten der Opfer [beweisen]: Es war alles noch viel schlimmer im real existierenden Sozialismus, als bisher vorstellbar schien.“, und schloss mit Blick auf die letzten Enthüllungen¹⁴: „Nicht nur kleine Dichter wie Sacha (,Arschloch‘) Anderson vom Prenzlauer Berg haben das Vertrauen missbraucht und sich als Spitzel, Schnüffler und Hilfspetzer des Regimes einfangen lassen. Nicht einmal den Ärzten konnten die SED-Untertanen trauen – und den Anwälten schon gar nicht. [...] Mit Spähern und Spitzeln überzog die SED ihr Volk wie mit einem Netz. Das gewährleistete die totale Überwachung.“¹⁵ Einige wenige Stasiakten (bzw. deren Deutungen durch die Betroffenen) wurden zu Quellen allgemeiner „Wahrheiten“ über die DDR-Gesellschaft und die Verhältnisse im „real existierenden Sozialismus“ insgesamt erhoben. In ihnen, so wurde suggeriert, manifestierte sich der „Spitzel-Staat“ DDR und – damit zusammenhängend – die Allwissenheit und Omnipotenz der Staatssicherheit.

Die Berichterstattung der frühen 90er Jahre trieb die Zahl der beim BStU eingehenden Anträge auf Akteneinsicht weiter in die Höhe. Viele Antragssteller hatten zu DDR-Zeiten nur am Rande oder gar nicht mit der Staatssicherheit zu tun gehabt, waren nun aber überzeugt davon, eine umfassende Akte beim BStU zu besitzen. Manche von ihnen führten ihr nunmehr

¹² Wolf Biermann, Laß o Welt, o laß mich sein! Eduard-Mörrike-Preis-Rede am 13. November 1991, in: ebd., Der Sturz des Dädalus oder Eizes für die Eingeborenen der Fidschi-Inseln über den IM Judas Ischaroit und den Kuddelmuddel in Deutschland seit dem Golfkrieg, Köln 1992, S. 64-79, hier: S. 71.

¹³ Gerd Poppe zitiert nach o.A., Wir wollen Klarheit, nicht Rache, in: BILD vom 03.01.1992.

¹⁴ Der sächsische Innenminister Heinz Eggert hatte seinen ehemaligen Arzt als Stasi-Spitzel enttarnt und Bärbel Bohley Gregor Gysi öffentlich der Stasi-Zusammenarbeit verdächtigt.

¹⁵ O.A., In wahnsinniger Todesangst, in: DER SPIEGEL vom 13.01.1992.

empfundenes Misstrauen gegenüber dem eigenen Umfeld und ihre Unsicherheit, was den eigenen Lebensweg betraf, sogar explizit auf die Debatten und Berichte zur privaten Akteneinsicht zurück. War der „grundlegende Vertrauensverlust“, mit dem die Vorstreiter einer privaten Akteneinsicht argumentiert hatten, bei jenem Gros der nur geringfügig betroffenen Einsichtnehmer also erst im Zuge seiner Behebung geschaffen worden? Fakt ist, dass rund 50 Prozent der Antragssteller über keine und zahlreiche Einsichtnehmer über eine weniger umfassende Stasi-Akte verfügten bzw. verfügen, als im Vorfeld antizipiert. Die damit einhergehende Enttäuschung findet sich in (fast) allen der studierten Berichte nicht und geringfügig Betroffener wieder. Auffallend ist, dass sie in den wenigsten Fällen zu einer Reflexion eigener Vorstellungen führte – sei es in Bezug auf das vermeintliche Allwissen der Staatssicherheit oder auch die eigene Rolle im DDR-System.

Kurzbiographie

Lilith Buddensiek, 1987 in Hamburg geboren, studierte Geschichte, Germanistik und Anglistik in Münster und Granada (Spanien). Neben dem Studium arbeitete sie als Studentische Hilfskraft am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster. 2014 legte sie ihr Zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Seit Januar 2015 promoviert sie bei Prof. Dr. Thomas Großbölting zur persönlichen Einsicht in die Stasi-Unterlagen.

Aktuelle Gliederung

1. Einleitung

- 1.1. Problemstellung
- 1.2. Forschungsstand
- 1.3. Aufbau und Methodik

2. Die Stasi-Akte vor dem 4./5. Dezember 1989

- 2.1. Entstehung und Funktion der Unterlagen
- 2.2. Eine Art „black box“ – Vorstellungen von „der“ Akte

3. Ereignisse und öffentliche Debatte in der ehemaligen DDR

- 3.1. „Wo ist meine Akte?“ Erste Einsichten und Einsichtsforderungen
- 3.2. Vom „Untertanen“ zum „Citoyen“ – die Konzeptualisierung der privaten Unterlageneinsicht
- 3.3. „Bürger schützt eure Akten...!“ Proteste im Zuge der Wiedervereinigung

4. Die Verrechtlichung und Implementierung der privaten Unterlageneinsicht

- 4.1. Die Gesetzgebungsdebatte in der BRD
- 4.2. Die Organisation der Akteneinsicht innerhalb der BStU
 - 4.2.1. „Ne Behörde aus dem Nichts gründen“ – die Entstehung der Abteilung Auskunft
 - 4.2.2. „Das war ´ne wilde Phase.“ Anfänge und Entwicklung der privaten Akteneinsicht

5. Ein „ganz großer Wurf“? Auswirkungen und Rezeption der privaten Unterlageneinsicht
 - 5.1. Zwischen Rekonstruktion und Konstruktion. Die private Akteneinsicht und die Suche nach der Wahrheit
 - 5.1.1. „Wenn das mein Leben war, was ist es dann gewesen?“ Fragen und Antworten aus der Einsicht in die „eigene“ Akte
 - 5.1.2. „Der Tag auf den wir alle gewartet haben...“ Die („Betroffenen“) Akte als Quelle allgemeiner Wahrheiten
 - 5.2. „Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Der Umgang mit den *Akteneinsichten*
 - 5.2.1. Der Umgang mit Schuld und Schuldigen
 - 5.2.1.1. Der individuelle Umgang mit den Schuldigen oder „Was macht man mit einer großen ‚Petze‘?“
 - 5.2.1.2. Ein Sorgentelefon für Stasi-Spitzel? Die öffentliche Debatte über Schuld und Verantwortung
 - 5.2.2. „[W]irkliche Erneuerung?“ Die Verarbeitung der *Akteneinsichten*
 - 5.3. „Erfolgsmodell“ oder „politische Missgeburt“? Die Rezeption der privaten Unterlageneinsicht in Politik und Medien
6. Zusammenfassung und Ausblick
Literatur und Quellen

Die ausgestellte Aufarbeitung.

Die künstlerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anhand von ausgewählten Ausstellungen in der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik von 1960 bis zur Wiedervereinigung

Von Florian Korn

Mit den Staatsgründungen im Jahre 1949 begann in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Bedingt durch die politische und ideologische Systemkonkurrenz des Kalten Krieges verlief die politische, ökonomische, juristische, wissenschaftliche, mediale und künstlerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in beiden Staaten divergent. In der BRD erfolgten u.a. Amnestieverfahren und die Verabschiedung von Straffreiheitsgesetzen für NS-Verbrecher. In der DDR wurde, aufgrund des zur Staatsräson erklärten Antifaschismus und der Glorifizierung des kommunistischen Widerstandes, das Gedenken an jüdische Opfer marginalisiert. In beiden deutschen Staaten überwogen somit zunächst politische und gesellschaftliche Verdrängungsprozesse, wobei sich weite Teile der Bevölkerung jedweder Verantwortung verweigerten. Erinnerungen an die eigenen Kriegserfahrungen, die Zerstörungen der Städte sowie die Auswirkungen der deutschen Teilung dominierten gegenüber einer selbstkritischen Aufarbeitung. Die politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Anerkennung der Singularität des Holocausts und der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungspolitik als Kernbestand der deutschen Gewaltherrschaft entwickelten sich erst sukzessive, gegen vielfältige Widerstände und keineswegs linear.

In dem vorliegenden Dissertationsprojekt wird die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten aus einer kunsthistorischen Perspektive vergleichend untersucht. Um eine relationale und repräsentative Analyse zu gewährleisten erfolgt eine Beschränkung auf kulturpolitisch relevante Ausstellungen für zeitgenössische Kunst. Dadurch sollen Unterschiede, Interdependenzen und Gemeinsamkeiten bei der unterschiedlichen Auseinandersetzung mit der gemeinsamen NS-Vergangenheit herausgestellt werden. Betrachtet wird der Zeitraum zwischen 1960 und der Wiedervereinigung 1990. Dieser ist aufgrund der verstärkt einsetzenden politisch-juristischen Aufarbeitung relevant, die gesellschaftliche Debatten und künstlerische Reaktionen auslöste. In beiden deutschen Staaten verschärften sich die politischen, ideologischen und kulturellen Gegensätze. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde politisch genutzt und für innerdeutsche Propaganda instrumentalisiert.

In einem ersten Abschnitt werden auf nationaler Ebene die zum Teil parallel stattfindenden Ausstellungen der documenta in Kassel (1959-1987) mit den Kunstaussstellungen der DDR in Dresden (1958-1988) verglichen. Daran anknüpfend werden auf Landesebene Ausstellungen von westdeutschen Galerien, Kunsthallen und Kunstvereinen (z.B. Hamburger Kunsthalle, Frankfurter Kunstverein, Jahresausstellungen des deutschen Künstlerbundes) sowie die in der DDR zentral organisierten und in unregelmäßigen Abständen ausgerichteten Bezirkskunstaussstellungen (z.B. Dresden, Leipzig, Rostock) analysiert. In einem zweiten Abschnitt werden auf internationaler Ebene die deutschen Beiträge auf der seit 1950 alle zwei Jahre in Venedig stattfindenden Biennale untersucht (1960-1990, bzw. 1982-1990).

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die heterogene künstlerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu analysieren, zu kategorisieren und hinsichtlich ikonographischer und ikonologischer Entwicklungen zu untersuchen. Dabei werden verschiedene Medien (z.B. Fotografie, Grafik, Malerei, Installationen) und die Themenvielfalt (z.B. Holocaust, Kriegserinnerung, Verdrängung) der Auseinandersetzung systematisch erfasst und analysiert. Darüber hinaus werden die Kunstwerke mit politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Prozessen der Aufarbeitung kontextualisiert. Dabei werden die kulturpolitische Funktion der Ausstellungen und die Bedeutung von Kunst im offiziell-staatlichen Gedenken erforscht. Durch die Untersuchung der Rezeptionsgeschichte werden zudem Wirkung und Folgen der künstlerischen Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Diskurs beleuchtet.

Kurzbiographie

Florian Korn, 1990 in Frankfurt a. M. geboren, studierte Kunstgeschichte in Marburg und Leipzig. M. A. im Januar 2016 in Leipzig mit einer Arbeit über antisemitische Karikaturen im ausgehenden 19. Jahrhundert. 2015/2016 Mitarbeit am SMWK- Forschungsprojekt "Westkunst/Ostkunst. Kunstsystem und Geltungskünste" im geteilten und wiedervereinigten Deutschland. Seit Februar 2016 wiss. Hilfskraft bei der Leipziger Sammlungsinitiative der Universität Leipzig.

Gliederung

1. Einführung (ca. 15 Seiten)

- Einleitung und Forschungsstand
- Untersuchungsgegenstand und Zielvorstellungen
- Quellenlage und Methodik

2. Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sowie kunst- und kulturpolitische Entwicklung in der BRD und der DDR (ca. 30 Seiten)

- Grundlegende Entwicklung der Aufarbeitung in beiden deutschen Staaten
- Kunst- und kulturpolitische Systeme und Stellenwert von Kunst in der BRD und der DDR
- Politische Instrumentalisierung von Kunst und Aufarbeitung

3. Die Ausstellungen (insgesamt ca. 150 Seiten)

Documenta (1955-1987) und Kunstausstellung Dresden (1958-1988)

- Quantifizierung
- Kategorisierung und ikonographische Analyse
- Entwicklungstendenzen
- Kunst- und kulturpolitische Funktion der Ausstellungen
- mediale und gesellschaftliche Rezeption

Kunstausstellungen der BRD und Bezirkskunstausstellungen der DDR

- Quantifizierung
- Kategorisierung und ikonographische Analyse
- Entwicklungstendenzen
- Kunst- und kulturpolitische Funktion der Ausstellungen
- mediale und gesellschaftliche Rezeption

Biennale von Venedig BRD (1960-1990) und DDR (1982-1990)

- Quantifizierung
- Kategorisierung und ikonographische Analyse
- Entwicklungstendenzen
- Kunst- und kulturpolitische Funktion der Ausstellungen
- mediale und gesellschaftliche Rezeption

4. Stellenwert von Kunst im offiziellen Gedenken und Bedeutung für gesellschaftliche Aufarbeitung in BRD und DDR (ca. 50 Seiten)

- Differenzen bei den Ausstellungen
- Stellenwert von Kunst im offiziellen Gedenken
- Bedeutung von Kunst für gesellschaftliche Aufarbeitung

5. Zusammenfassung

- Zusammenfassung und Fazit

„Antifaschistische Widerstandskämpfer“ im Ministerium für Staatssicherheit – „Im Kampf bewährte Genossen“ oder Sicherheitsrisiko?

Von Marco Brödel

Einleitung

Die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ spielten für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) stets eine wichtige Rolle. Sie bildeten den Kern der ersten Generation hauptamtlicher Mitarbeiter_innen, und besetzten die Schlüsselpositionen in der Staatssicherheit. Altersbedingt schieden die meisten von ihnen bis Mitte der 1970er Jahre aus dem aktiven Dienst aus. Aber es gab auch Kader, die sich darüber hinaus an der Spitze der Staatssicherheit behaupten konnten – allen voran Minister Erich Mielke oder der 1912 geborene Karl Kleinjung, der von 1955 bis 1981 die für die Nationale Volksarmee (NVA) und die Grenztruppen zuständige Hauptabteilung I leitete. Wenngleich dieser Personenkreis nur einen kleinen Teil des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes ausmachte, so sind diese Personen maßgeblich am Aufbau der DDR-Staatssicherheit beteiligt gewesen und haben den Apparat, vor allem in Führungspositionen, über Jahrzehnte geformt und geprägt.

Über den personellen Einfluss hinausgehend spielten die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ auch für das Selbstverständnis des MfS eine zentrale Rolle. Zur historischen Verortung wurde die Arbeit der Staatssicherheit in die Tradition der Tscheka, des ersten sowjetischen Geheimdiensts, und des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gestellt. Dieses historische Selbstverständnis wurde stets nach innen und außen propagiert – zur Rechtfertigung der Arbeit der Staatssicherheit und zur Erziehung der eigenen Mitarbeiter. Dies spiegelte sich in öffentlichen und internen Reden sowie Publikationen und vor allem der eigenen „Traditionsarbeit“ wider, die ab Mitte der 1970er Jahre mit großen Aufwand betrieben wurde.

Ausgangspunkt meiner Recherchen ist eine Mitte der 1980er Jahre angelegte interne Kartei der Staatssicherheit, in der die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“, die hauptamtlich für das MfS arbeiteten, aufgeführt sind. Bei diesen insgesamt 758 Personen handelt es sich um Menschen, die den Nationalsozialismus in der Illegalität, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern, im sowjetischen Exil, als Partisanen und Mitglieder der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen Francos Truppen, in Kriegsgefangenschaft oder in der Westemigration durchlebt hatten. Die Zusammenfassung aller dieser Personen als „antifaschistische Widerstandskämpfer“ ist höchst fragwürdig da bei Leibe nicht alle dieser Personen aktiven Widerstand geleistet haben, was selbst den Urhebern dieser Kartei bekannt war: einige Karteikarten enthalten im Feld „Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf“ keine Angaben oder sogar den Verweis darauf, dass es eine solche aktive Teilhabe nicht gab. Auf einigen weiteren Karteikarten ist zudem vermerkt, dass den jeweiligen Personen noch nicht einmal der Status „Verfolgter des Nazregimes“ (VdN) zuerkannt wurde. In diesem Zusammenhang werde ich in meiner Arbeit selbstverständlich auch darauf eingehen, wie der Begriff Widerstand einzugrenzen ist um meinen Fokus auf die Personen richten zu können, die tatsächlich Widerstand geleistet haben.

Die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ als „bewährte Genossen“

Durch ihre Vergangenheit galten die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ als besonders „bewährte Genossen“. Offenbar wurden einige jedoch im orwellschen Sinne für „bewährter“ als andere gehalten, was ihre Karriere im MfS erheblich beeinflussen konnte.

Dies wurde oftmals bereits bei der Frage deutlich, wer überhaupt rekrutiert wurde. Der an den ersten Rekrutierungen beteiligte Heinrich Fomferra berichtet in seinen Erinnerungen mit überraschend offenen Worten davon, dass diejenigen nicht als Mitarbeiter in Frage kamen, „die[,] vor 1933 Mitglied der Partei [gemeint ist die KPD, Anm. M.B.] waren und die Zeit 1933 – 1945 nicht lückenlos nachweisen konnten, und besonders wenn sie von 1933 – 1945 nicht

eingesperrt waren“,¹⁶ während ihnen vor allem die aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Antifaschüler vorgezogen wurden, da deren „Vergangenheit zu über 70% klar [war]. Sie waren zum großen Teil treue Anhänger der faschistischen Idee, [...] wurden in den Kriegsgefangenenlagern umgeschult bzw. wurden Antifaschisten und kamen als 1 – 2 – 3 jährige Antifaschüler nach Deutschland zurück.“¹⁷ Dieses, aus Sicht Fomferras ungerechte, Vorgehen lässt sich darauf zurückführen, dass die wichtigsten Führungsposten der Polizei- und Sicherheitsorganen, die bereits kurz nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone entstanden, waren zum Teil bereits in Moskau von der Exil-Leitung der KPD und sowjetischen Stellen mit sogenannten Moskau-Kadern besetzt wurden. Diese setzten dann bei der Vergabe wichtiger Posten im neuen Ministeriums für Staatssicherheit, unter dem Einfluss ihrer sowjetischen Berater, auf diejenigen, die sich in ihren Augen bereits in der Sowjetunion bewährt hatten – entweder als Exilanten oder als geläuterte Antifaschüler. Damit war es auch folgerichtig, dass acht von zehn „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ aus dem hauptamtlichen Mitarbeiterbestand des MfS, die in ihrer Biografie zwischen 1933 und 1945 einen Aufenthalt in der Sowjetunion vorweisen konnten, in der Berliner Zentrale der Staatssicherheit gearbeitet haben.

Auch die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 oder die Inhaftierung im Konzentrationslager Buchenwald, vor allem dann, wenn ein Mitwirken an der lagerinternen KPD-Parteiorganisation als bewiesen galt, konnte im Nachhinein einen positiven Einfluss auf eine Karriere im MfS haben.

Die Eindrücke Heinrich Fomferras lassen sich auch zahlenmäßig belegen: unter den „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ im MfS gab es tatsächlich nur sehr wenige, die sich zwischen 1933 und 1945 aus der Illegalität in Deutschland heraus am Widerstand beteiligten, jedoch einer Inhaftierung entgehen konnten. Zwar kann dies auch damit zusammenhängen, dass es nur sehr wenigen, die aktiv am Widerstand beteiligt gewesen waren, gelungen war einer Verhaftung zu entgehen. Die Ausführungen Fomferras deuten jedoch darauf hin, dass diese Personen im MfS nicht vorrangig deshalb derart unterrepräsentiert waren, weil sie eine Minderheit gewesen sind, sondern weil sie bewusst nicht rekrutiert wurden. Sie standen offenbar, dem paranoiden Misstrauen des kommunistischen Zeitgeistes geschuldet, unter dem Generalverdacht, dies nur durch eine Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) der Nationalsozialisten bewerkstelligt zu haben. Ein Verdacht, der später ausgerechnet auch gegenüber Heinrich Fomferra erhoben worden war.¹⁸

Festzuhalten bleibt, dass die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“, selbst wenn man die sehr weit gefasste MfS-eigene Definition anwendet, im Staatssicherheitsapparat von Beginn an eine Minderheit darstellten.¹⁹ Dabei besetzten sie jedoch, bedingt durch die Entstehungsgeschichte des Organs, fast alle relevanten Führungspositionen – wobei sich diejenigen mit einer Sowjetenerfahrung noch einmal hervortaten.

Es scheint so, als ob es eine Skala gab, auf der die Genoss_innen nach dem Grad ihrer Bewährung verortet wurden. Als besonders bewährt galten demnach die Sowjetemigranten, während sich am anderen Ende diejenigen wiederfanden, die auf Grund ihres Lebens im Untergrund nicht ausreichend nachweisen konnten, wie und ob sie sich bewährt hatten.

¹⁶ Heinrich Fomferra, Erinnerungen, ohne Datum, in: Stiftung Archiv der Partei- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), SgY 30/1275/1, Bl. 155.

¹⁷ Ebd. S. 155f.

¹⁸ Fomferra soll durch eine Aussage bei der Gestapo für die Verhaftung eines Widerstandskämpfers verantwortlich gewesen sein. Vgl. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, Der "Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953; Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen, 2003, S. 166.

¹⁹ Laut Jens Gieseke konnte das MfS in seinem Gründungsjahr einen Mitarbeiterbestand von 2700 aufbauen. Vgl. Jens Gieseke, Die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000, S. 86. Von den 758 vom MfS als „antifaschistische Widerstandskämpfer“ erfassten Personen ist ein erheblicher Teil erst nach 1950 rekrutiert worden.

Die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ als Sicherheitsrisiko

Bleibt man bei diesem Bild, so hatte diese Skala auch einen Bereich unter Null: die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“, die sich, wie auch immer, aus Sicht der Staatssicherheit zu einer Art Sicherheitsrisiko entwickelt hatten und damit ganz und gar nicht in das Bild der stets als „bewährte Genossen“ gezeichneten „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ passten.

Ein erster Einschnitt war dabei die großangelegte Parteiüberprüfung 1950/1951 durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED (ZPKK). Einige MfS-Mitarbeiter_innen gerieten durch die misstrauischen Untersuchungen, besonders in Bezug auf ihre Angaben zu ihrer illegalen Tätigkeit, in Erklärungsnot. Dies widerfuhr unter anderem Erich Schäfer, einem Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Dresden, der beschuldigt wurde, falsche Angaben zu seiner illegalen Tätigkeit während des Nationalsozialismus gemacht zu haben. Dass Schäfer zudem homosexuell war, führte außerdem zu Konflikten mit Kollegen und Vorgesetzten, mündete zunächst in starkem Alkoholmissbrauch, Entlassung aus der Staatssicherheit und schließlich im Selbstmord Schäfers.²⁰

Auch der Lebensabend ehemaliger Mitarbeiter_innen konnte sich aus Sicht der ehemaligen Dienstherrn als problematisch herausstellen. Fritz Perlitz, ehemaliger Spanienkämpfer und Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam, organisierte nach seinem aktiven Dienst Reisen ehemaliger Widerstandskämpfer, unter ihnen auch weitere ehemalige MfS-Mitarbeiter, in die damalige ČSSR, und solidarisierte sich dort mit Anhänger_innen des „Prager Frühlings“. Wegen des Verdachts staatsfeindlicher Tätigkeiten wurde Perlitz daraufhin von seinem ehemaligen Arbeitgeber beobachtet.²¹

Sicherheitsrelevante Probleme konnten sich auch ergeben, wenn Publikationen über oder von ehemaligen MfS-Mitarbeiter_innen veröffentlicht werden sollten. Ein jahrelanger Streit brach über die Memoiren Willi Roms aus, der lange Zeit für den sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU und später für die DDR-Staatssicherheit gearbeitet hatte. Aus Sicht des MfS und sowjetischer Behörden stellte eine Veröffentlichung der Erinnerungen Willi Roms, besonders zu seiner Zeit beim GRU, ein Sicherheitsrisiko dar. Dies führte immer wieder zu Konflikten mit Rom.²²

Die Flucht eines hauptamtlichen Mitarbeiters war für die Staatssicherheit mit das Schlimmste, das passieren konnten. Etwa 350 MfS-Mitarbeiter_innen wagten diesen Schritt²³ und einer davon war Bruno Krüger, der 1953 mit seiner Frau nach West-Berlin floh, weshalb die beiden 1955 in der DDR hingerichtet wurden. Bruno Krüger verfügte über eine Biografie wie viele andere, die im MfS als „antifaschistische Widerstandskämpfer“ gehandelt wurden: 1943 wurde er wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt, war im September 1944 zur Roten Armee übergelaufen und kämpfte ab da in einer Partisaneneinheit gegen die deutschen Truppen.²⁴ Ob sich unter den übrigen Fällen weitere Personen befinden, die über eine vergleichbare Vorgeschichte verfügen, ist noch zu klären.

Es konnte aber auch anders herum gehen: So gilt es beispielsweise als sicher, dass Kurt Rittwagen, Entführer Karl Wilhelm Fricke, lediglich für das MfS arbeitete, um sich politisch zu rehabilitieren, nachdem er wegen Falschangaben und Ungereimtheiten in seiner Biografie aus der SED ausgeschlossen worden war. Und dies gelang ihm auch: 1956 wurde sein

²⁰ Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, KS 364/59 Bd. 1.

²¹ Vgl. BStU, MfS, AP 3250/73.

²² Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, SV 20/82 Bd. 1 und Nr. 2272.

²³ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, „Jeden Verräter ereilt sein Schicksal“: Die gnadenlose Verfolgung abtrünniger MfS-Mitarbeiter, in: Deutschland Archiv (1994), Heft 3, S. 258-265, hier S. 264.

²⁴ Vgl. Gerhard Sälter (Hrsg.), Interne Repression: Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz ; (1954 - 1966), Dresden, 2002, S. 82f.; Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, "Konzentrierte Schläge": Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953 - 1956, Berlin, 1998, S. 34.

Parteiausschluss zurückgenommen.²⁵

Fazit

Die Bezeichnungen „bewährter Genosse“ und „Sicherheitsrisiko“ scheinen auf den ersten Blick die zwei Endpunkte einer Skala zu sein, auf der jeder der „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit verortet war. Ausschlaggebend für die Platzierung einzelner Personen zwischen diesen beiden Fixpunkten war in besonderem Maße ihre eigene Vergangenheit zwischen 1933 und 1945 – sie entschied oftmals darüber, wer zunächst überhaupt für das MfS arbeiten konnte und welche Möglichkeiten sich innerhalb des Apparates boten.

Meine bisherigen Recherchen haben jedoch gezeigt, dass diese beiden Enden der Skala oftmals recht nah beieinander lagen und sich die Verortung einzelner Personen auf einer solchen imaginären Skala sehr schnell ändern konnte. Einigen fiel ihre Vergangenheit durch ein omnipräsentes Misstrauen später buchstäblich auf die Füße, andere stellten sich als weniger linientreu heraus als gedacht und anderen gelang es sogar, die Schatten in ihrer Biografie durch Eifer und zweifelhafte Leistungen vergessen zu machen.

Neben der Frage nach den Motiven für eine Rekrutierung „antifaschistischer Widerstandskämpfer“, dem Einfluss dieser Personen auf die Arbeit und das Selbstverständnis der Staatssicherheit beschäftigte ich mich im Rahmen meiner Dissertation vor allem mit dem hier skizzierten Spannungsverhältnis. Dafür habe ich einen kollektivbiografischen Ansatz gewählt und betrachte die biografischen Daten von 758 Personen, die Mitte der 1980er Jahre durch das MfS im Rahmen des Befehls 22/84²⁶ gesammelt wurden und hauptsächlich der Erforschung des antifaschistischen Widerstandes dienen sollten. Die Auswertung der vom MfS auf Karteikarten gesammelten Angaben ergänze ich durch die Erarbeitung mehrerer Fallbeispiele – vom hochrangigen Funktionär aus der Berliner Zentrale bis zu den „einfachen“ Mitarbeiter_innen in den Bezirksverwaltungen. Diese Fallbeispiele sollen die hier von mir skizzierte Skala vollständig abdecken.

Kurzbiographie

Marco Brödel, geb. 1985 in Leipzig, studierte Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Leipzig. In seiner Masterarbeit beschäftigte er sich am Beispiel Leipzigs mit Widerstand und Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus im Spiegel der DDR-Geschichtspolitik. Er ist Mitglied im Förderverein der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Seine Dissertation wird von PD Dr. Detlev Brunner am Historischen Seminar der Universität Leipzig betreut.

²⁵ Vgl. Erler, Peter, Ein Opfer des Stalinismus? Das Ergebnis einer biographischen Recherche, in: Deutschland Archiv 1/1995, S. 47–53, hier S. 52f.

²⁶ MfS, Der Minister, Befehl 22/84, Zentrale Erfassung von schriftlichen Materialien zu Personen und Sachverhalten sowie gegenständlichen Zeugnissen des antifaschistischen Widerstandskampfes im MfS (1933 – 1945), Berlin, 28.12.1984, in: BStU, MfS, BdL-Dok., alte Nr. 103122.

Gliederung

1. Einleitung
 - 1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellungen
 - 1.2 Methodik
 - 1.3 Forschungsstand
 - 1.4 Quellengrundlage
 - 1.5 Begriffsklärungen
 - 1.5.1 Widerstand
 - 1.5.2 Antifaschismus
 2. Das MfS und der „antifaschistische Widerstand“
 - 2.1 „Antifaschistischer Widerstand“ in der DDR-Geschichtspolitik
 - 2.2 Selbstverständnis des MfS
 3. Kaderpolitik des MfS
 - 3.1 Personalpolitik der Vorläufer des MfS
 - 3.2 Die erste Generation hauptamtlicher Mitarbeiter
 - 3.3 Kaderpolitische Entwicklungen bis Mitte der 1970er Jahre
 - 3.4 Motive und Erwartungen
 4. Lebenswege der Widerstandskämpfer vor 1950
 - 4.1 Vor 1933
 - 4.2 Im Nationalsozialismus
 - 4.2.1 Sowjetemigration
 - 4.2.2 Spanienkämpfer
 - 4.2.2 Westemigration/Jugoslawien
 - 4.2.3 Konzentrationslager/Zuchthaus
 - 4.2.4 Illegalität
 - 4.3 In den ersten Nachkriegsjahren
 5. Widerstandskämpfer als hauptamtliche Mitarbeiter
 - 5.1 Soziales Profil
 - 5.2 Die Arbeit für das MfS
 - 5.2.1 In der Zentrale
 - 5.2.2 In den Bezirksverwaltungen
 - 5.2.3 Traditions- und Öffentlichkeitsarbeit
 - 5.2.4 Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst
 - 5.3 Konflikte und Disziplinierung – Die Widerstandskämpfer als Sicherheitsrisiko
 - 5.3.1 Konflikte innerhalb des MfS
 - 5.3.2 Die Parteikontrollkommissionen
 6. Fallstudien
 7. Fazit
 8. Statistik
- Anhang
- Abkürzungsverzeichnis
 - Quellen- und Literaturverzeichnis
 - Register

Vom Germanenerbe zum Urkommunismus. Wandel und Beständigkeit von Urgeschichtsbildern in Museumsausstellungen der SBZ/DDR

Von Arne Lindemann

Die »Geschichte der Urgesellschaft« gehörte in der DDR zur nationalen Geschichtserzählung und diente damit der historischen Legitimierung der SED-Diktatur. Allerdings besaß das sozialistische Urgeschichtsbild mit der »germanischen Vorgeschichte« der NS-Zeit ein ideologisch hoch belastetes Erbe. Das Konstrukt einer überlegenen »nordischen Rasse« und germanischen Kultur hatte im »Dritten Reich« große Popularität erlangt und die Verankerung der »Blut-und-Boden«- und Lebensraum-Ideologien in der Bevölkerung unterstützt. Zentrale Institutionen der Ideologisierung und Verbreitung von völkischen Urgeschichtsbildern waren Museen.

Auch in der SBZ/DDR oblag die breitenwirksame Popularisierung einer »Geschichte der Urgesellschaft« vor allem den großen Museen für Ur- und Frühgeschichte in Schwerin, Potsdam, Halle, Dresden und Weimar. Diese standen nach Ende des Zweiten Weltkriegs angesichts des »verordneten Antifaschismus« vor der Aufgabe, in ihren Ausstellungen den politisch geforderten narrativen Turn vom völkischen zum marxistischen Urgeschichtsbild zu meistern. Anstatt das Germanentum als ethnisches und kulturelles Erbe des deutschen Volkes zu heroisieren, diente nun zum einen das facettenreich gezeichnete Bild der vermeintlich klassenlosen »Urgesellschaft« als Existenzbeweis und Beispiel für eine Gesellschaftsform, die es im Kommunismus auf höherer Entwicklungsstufe wieder zu errichten galt. Zum anderen waren die urgeschichtlichen Objekte ideal dazu geeignet, die abstrakte Theorie des historischen Materialismus mit seinem postulierten gesetzmäßigen Geschichtsverlauf und dem ihm innewohnenden Fortschritts- und Entwicklungsgedanken leicht verständlich zu vermitteln. Aber auch die ethnische Deutung urgeschichtlicher Bevölkerungsgruppen, und hier vor allem der Slawen, spielte für die nationale Identitätsfindung der DDR eine wesentliche Rolle.

Allerdings bedeutete die museale Neuinterpretation der Urgeschichte nicht gleichzeitig einen radikalen Bruch mit traditionellen Geschichtsbildern. Vielmehr zeigen die Ausstellungen in zahlreichen Aspekten eine große Beständigkeit von überkommenen gestalterischen, didaktischen und narrativen Elementen. Gründe hierfür sind in der ideengeschichtlichen Nähe zwischen dem völkischen und marxistischem Urgeschichtsbild sowie in starken personellen, institutionellen und territorialen Kontinuitäten zu suchen.

Ausgehend von dieser These wird in dem Promotionsvorhaben die Formung und Entwicklung des marxistischen Urgeschichtsbilds in der SBZ/DDR analysiert. Die Untersuchung erfolgt entlang eines umfangreichen Korpus an Ausstellungsfotografien, der nahezu lückenlos und detailliert diesen Prozess dokumentiert. Vorausgesetzt wird dabei, dass sich in der didaktischen und inhaltlichen Gestaltung des musealen Geschichtsbilds anhand verschiedenster Darstellungsmittel die Vorstellungen und Intentionen der an der Ausstellung beteiligten Akteure niederschlagen. Ausstellungen zur Ur- und Frühgeschichte sind für eine solche Analyse prädestiniert, da urgeschichtliche Objekte auf Grund ihrer »kulturellen Fremdheit« von Museumsbesuchern schwer zu deuten sind. Sie können vergleichsweise leicht anhand von Texten, Lebensbildern, Modellen und Dioramen mit gegenwartsrelevanten Bedeutungen aufgeladen werden. Diese Wandelbarkeit erlaubte es beispielsweise, dasselbe slawische Gefäß über seine Kontextualisierung in der NS-Zeit als handwerklich minderwertig und in der DDR als hohe Handwerkskunst darzustellen. Über die Analyse der Darstellungsweise lassen sich vor dem Hintergrund weitere Dokumente zur Entstehung der Ausstellungen aus staatlicher, politischer und gesellschaftlicher Provenienz, der Wandel sowie die Beständigkeit von Geschichtsbildern und die damit verbundenen Diskurse untersuchen. Mit diesem Ansatz wird mit dem Promotionsvorhaben für die Geschichtskultur der SB/DDR die zeitgeschichtliche Zäsur 1945 hinterfragt und Kontinuitätsstränge über Systemumbruch und gesellschaftspolitischen Wandel hinweg verfolgt.

Kurzbiographie

Arne Lindemann, geboren 1976, studierte Ur- und Frühgeschichte und Alte Geschichte in Berlin. Nach dem Studium arbeitete er am Archäologischen Landesmuseum Brandenburg und seit 2008 beim Museumsverband des Landes Brandenburg im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Organisation. Seine Promotion wird von Prof. Dr. Bénédicte Savoy (Technische Universität Berlin) betreut. Er ist weiterhin assoziierter Doktorand am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Gliederung

1. Einleitung

2. Narrative und Darstellungsformen völkischer und marxistischer Urgeschichtsbilder vor 1945

- 2.1 Völkische Urgeschichtsbilder: Germanenkult und Rassenideologie
- 2.2 Marxistische Bilder einer „Geschichte der Urgesellschaft“

3. Rahmenbedingungen der musealen Urgeschichtsdarstellung in der SBZ/DDR

- 3.1 Strukturen und Netzwerke
- 3.2 Akteure der musealen Urgeschichtsdarstellung
- 3.3 Rolle und Aufgabe der Urgeschichte in der Geschichtspolitik
- 3.4 Konzepte zur Ausstellungsdidaktik und -gestaltung von Urgeschichtsbildern

4. Urgeschichtsbilder im geschichtskulturellen Diskurs der SBZ/DDR. Wandel und Kontinuitäten

- 4.1 Die Menschwerdung als Gegenentwurf zur Rassenideologie
 - 4.1.1 „Weltall Erde Mensch“. Bilder einer materialistischen Schöpfungsgeschichte
 - 4.1.2 Arbeit vs. Geist - Technischer Fortschritt als Motor der Geschichte
 - 4.1.3 Aborigines in Weimar. Erlebte Steinzeit auf dem Weg zur „objektiven Wahrheit“
- 4.2 Der Urkommunismus
 - 4.2.1 Die Urgesellschaft. ‚Naive‘ Version einer kommunistischen Gesellschaftsutopie
 - 4.2.2 Mann, Frau, Familie. Gegenwartsbezogenheit von urgeschichtlichen Geschlechterrollen
 - 4.2.3 Religion und Kult. Bilder des urgeschichtlichen Glaubens im Konfliktfeld Staat und Kirche
 - 4.2.4 Humanistische Urgesellschaft? Krieg und Gewalt in der Urgeschichte
- 4.3 Die ‚Ethnogenese des deutschen Volkes‘
 - 4.3.1 Stämme, Völker und Nationen. Begriffswandel im Urgeschichtsbild
 - 4.3.2 Germanen, Slawen, Deutsche. Neue Bilder von alten Ahnen?
 - 4.3.3 Die Sorben. Urgeschichtsbilder zur Integration einer Minderheit
 - 4.3.4 Urmensch und Umwelt. Die Urgeschichte im Heimatkonzept der DDR

5. Fazit

Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen Ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt und Objekt der DDR-Aufarbeitung

Von Philipp Schultheiß

Für die meisten Deutschen ist der 1. März 2016 ein ganz normaler Tag. Am Abend berichtet die Tagesschau über die sinkende Zahl der Arbeitslosen und das NPD-Verbotsverfahren. Kein Thema ist für die Hauptnachrichten der 60. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA), die mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 aufgelöst worden war. Dabei waren im Tagesverlauf über 500 ehemalige Armeeangehörige und ihre Familien auf dem einstigen NVA-Stützpunkt der 5. Raketenbrigade in Demen zusammengekommen, um das Armee-Jubiläum zu feiern. Dort, in der idyllischen Mecklenburgischen Seenplatte, zwischen Schwerin und Güstrow, konnten die Besucher nicht nur alte Armeefahrzeuge und Raketentechnik bestaunen, sondern auch den Worten des letzten SED-Generalsekretärs Egon Krenz lauschen oder dem ehemaligen NVA-Chef Theodor Hoffmann die Hand schütteln.

Geschrieben hat über diese Veranstaltung nur die *Junge Welt*, sie hatte auf der Feier sogar einen eigenen Infostand. Weitere Berichte finden sich lediglich in der weit verzweigten Online-Community ehemaliger DDR-Funktionäre aus NVA und Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Der 60. Jahrestag der Gründung der NVA ist 2016 nur für ein kleines Milieu von Bedeutung, im Rest der Gesellschaft findet er wenig Widerhall. Wie kommt es, dass die Nationale Volksarmee eine so unbedeutende Stellung in unserer Erinnerungskultur einnimmt? Immerhin dienten über 2,5 Millionen Männer als Wehrpflichtige und tausende sich freiwillig verpflichtende Frauen in der NVA. Es gilt demnach zu fragen, welche Rolle die NVA als Thema im Aufarbeitungsdiskurs spielt. Wie und mit welchen Intentionen werden die ehemaligen Angehörigen der NVA in der Öffentlichkeit dargestellt und wie präsentieren sie sich selbst?

Antworten auf diese Fragen liefert das Forschungsvorhaben. In einem ersten Schritt werden die öffentlichen Diskussionen der letzten 26 Jahre um die Rolle der NVA und ihrer Angehörigen untersucht. Quellen hierfür sind Zeitungsartikel, politische Grundsatzpapiere, Spielfilme, Schulbücher und Ausstellungskataloge. Dabei bindet das Projekt noch eine zweite Ebene der Analyse ein, indem es fragt wie ehemalige Offiziere der Nationalen Volksarmee heute selbst über ihre Vergangenheit und ihre Darstellung in der Öffentlichkeit denken. Zur Untersuchung dieser Selbstbilder werden Gruppeninterviews durchgeführt und durch eine Analyse des Internetforums *nva-forum.de* ergänzt. Damit lassen sich für die Konfliktforschung relevante Ergebnisse zur der Frage gewinnen, wie in Prozessen des Übergangs von einem diktatorischen Regime hin zu einer friedlichen Gesellschaftsordnung Zuschreibungen bestimmter historischer Rollen vonstattengehen.

Besonders die Ergebnisse der Schulbuch- und Filmanalyse scheinen von hoher Relevanz, handelt es sich doch um Medien, die über einen sehr hohen Verbreitungsgrad verfügen und eine wichtige Rolle in der Geschichtsvermittlung einnehmen. Schulbücher transportieren die staatlich legitimierten Narrative über die Vergangenheit. Spielfilme wiederum prägen durch ihre künstlerische Darstellung gesellschaftlicher Realität aktiv unsere Wahrnehmung von Gegenwart und Vergangenheit. Ihre Wirkmächtigkeit erhalten sie dabei durch den hohen Verbreitungsgrad, der bei den drei untersuchten Filmen *NVA* (2005), *Der Turm* (2012) und *Das Wunder von Berlin* (2008) durchweg hoch war. Schon jetzt lassen sich zentrale Thesen zur öffentlichen Darstellung der NVA und ihrer Angehörigen auf der Basis der durchgeführten Schulbuch- und Filmanalyse herausarbeiten. So findet sich in beiden Quellenarten einerseits das Narrativ von der Nationalen Volksarmee als gewöhnliche Armee, die auf einer Ebene mit der Bundeswehr betrachtet wird. Andererseits kann dieses Bild der NVA gar nicht ohne das zweite diagnostizierte Narrativ gedacht werden, von einer NVA die sich deutlich von ihrem bösen Anderen, den Grenztruppen der DDR, abhebt.

Die NVA als normale Armee des Ost-West-Konflikts

Es ist eine Weltkarte, in deren Kontext meist eine der wenigen Erwähnungen der NVA in Geschichtsbüchern stattfindet. Eine Weltkarte mit den eingezeichneten Militärbündnissen des Ost-West Konfliktes. So nennen nahezu alle Bücher die Integration von BRD und DDR in die NATO bzw. den Warschauer Pakt und erwähnen in diesem Kontext auch die Gründung der NVA im März 1956. Damit ist hier das erste zentrale Narrativ der öffentlichen Darstellung der NVA paradigmatisch abgebildet: die Nationale Volksarmee als eine gewöhnliche Armee, die der Bundeswehr auf der anderen Seite des ‚Eisernen Vorhangs‘ gegenübersteht.

Dass die Nationale Volksarmee sich besonders auch durch ihren Charakter einer Parteiarmee, deren Offiziere zu 90% SED Mitglieder waren, von anderen Armeen unterscheidet, findet sich nur in einem der untersuchten Bücher. In eben diesem Werk, *Historisch Politische Weltkunde* vom Klett Verlag, wird zudem auch die stützende Funktion der Armee für die SED-Herrschaft betont. So zeigt das Buch auf, dass die NVA einen „Pfeiler des inneren Sicherheitsapparates“ bildete und stets in Einsatzleitungen für den „Spannungsfall“ eingebunden war. Gleich zu Beginn wird klar gemacht wird, dass die Rote Armee als Vorbild für den Aufbau der NVA diente und die Militärausgaben der DDR die der BRD gemessen am Staatshaushalt deutlich überstiegen. Die Bundeswehr und die NVA werden also nicht gleichgesetzt. Unter den Filmen zeigt nur *Der Turm* die hohe Durchdringung der NVA durch das MfS, indem die Befehlsverweigerung des Sohnes direkt auch zu Zersetzungsmaßnahmen beim Vater führt.

Die enorm hohe Militarisierung der DDR ließ sich vor allem an der Einbindung militärischer Werte und Logiken in die staatliche Erziehung ablesen. Ab 1978 wurde in den Klassen neun und zehn Wehrunterricht erteilt. Diesen Aspekt greift lediglich das Buch „Deutschland seit 1945“ aus dem Cornelsen Verlag auf. So schildert das Kapitel zum Leben Jugendlicher und Junger Erwachsener den Wehrkundeunterricht in den Schulen und den „harten Schriff“ der militärischen Qualifizierung während des Studiums. Erwähnt wird zudem das intensive Werben der NVA für eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit gegen gewisse Vergünstigungen bei Studium und Beruf. Auch der Film *Der Turm* zeigt den Wehrunterricht in den Schulen anhand des Werfens der typischen roten Übungshandgranaten. In der direkt anschließenden Szene wird die Vermittlung eines antiimperialistischen Weltbildes mit klarem Freund-Feind-Schema im Geschichtsunterricht geschildert. In *Das Wunder von Berlin* wiederum handelt der Vater als MfS-Mitarbeiter mit dem Sohn aus, dass dieser gleich für drei Jahre zum Militär geht und dann sein Wunschstudium wählen kann.

Während die genannten Bücher und Filmausschnitte die NVA und die hohe Militarisierung der DDR durchaus als Sonderfall porträtieren, durchläuft die Gesamtheit der Geschichtsbücher und die Mehrzahl der Filmszenen der Eindruck von der Nationalen Volksarmee als gewöhnlicher Armee. So nimmt das Geschichtsbuch *Mensch und Politik* die Integration ehemaliger NVA Angehöriger in die Bundeswehr mit Nennung der korrekten Übernahmehzahlen in den Fokus. Auch die damit einhergehende Verkleinerung der Bundeswehr wird erwähnt. Besonders hervorzuheben ist ein Arbeitsauftrag, der dazu auffordert, die Schwierigkeiten des militärischen Vereinigungsprozesses zu diskutieren und die Konsequenzen für den einzelnen Soldaten zu bedenken. Es findet sich kein Bezug auf die historische Rolle der NVA vor 1990. Im Film *Das Wunder von Berlin* wird durch die Figur des Großvaters zudem immer wieder die Ähnlichkeit des Militärischen in allen Armeen eingeflochten. So zieht dieser immer wieder Parallelen zu seinem eigenen Dienst bei der Wehrmacht und bereitet den Protagonisten mit Tipps auf den Armeedienst vor.

Am stärksten findet sich das Narrativ der Kontinuität des Militärischen aber in der Ähnlichkeit bei Inszenierung und Themensetzung in allen drei Filmen. So wird der Dienst in der Truppe stets mit einem ersten Appell begonnen, in dessen Verlauf die jungen Wehrdienstleistenden sogleich Fehler in der Anrede und der Uniformordnung begehen. In den darauffolgenden Szenen zeigen alle Filme eine Spindkontrolle, eine Gefechtsübung und Sportüberprüfungen. Damit verorten sich die Filme ganz klassisch im Genre des Armeefilmes. Zu nennen seien

hier etwa die Szenen in *Forrest Gump* oder *Full Metal Jacket*, in denen der erste Appell mit Demütigungen, die Stubenkontrolle und Sportübungen als Inbegriff des Militärischen eingeführt werden. In hervorstechender Parallelität auch in der Bildsprache werden hier die Maßnahmen der Disziplinierung und des Gehorsams eingeführt – klassische Prinzipien der militärischen Sozialisation.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die NVA in den bislang untersuchten Quellen des öffentlichen Diskurses als normale Armee des Kalten Krieges dargestellt wird. Erkennbar ist dies an der Gleichsetzung mit der Bundeswehr an vielen Stellen und der Betonung von grundlegenden Werten des Militärischen, die sich in allen modernen Armeen der Zeitgeschichte finden lassen. Die Nationale Volksarmee findet in der Regel zwar etwas weniger Platz in der Darstellung als die Bundeswehr, wird aber in der Mehrzahl der Bücher nicht als Negativfolie der BRD Armee gezeichnet. Eine Zuordnung zur Tätergruppe des DDR Sicherheitssektors, wie dies etwa für die hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiter*innen des MfS der Fall ist, lässt sich für die NVA und ihre Angehörigen nicht feststellen.

Die Grenztruppen als das böse Andere der NVA

Dass den NVA-Angehörigen keine Täterschaft zugeschrieben wird, liegt an einer anderen Gruppe: den Grenztruppen der DDR. So wird auf Basis meiner bisherigen Untersuchung deutlich, dass eine Abgrenzung zu diesem bewaffneten Organ der DDR vorgenommen wird. Sowohl in den Filmen als auch den Schulbüchern erweisen sich die Grenztruppen als das böse Andere der NVA, deren Offiziere teilweise sogar als Institutionen der Moral dargestellt werden.

„Sie wollten einem Genossen helfen – das kann Sie auch qualifizieren mehr zu wollen“, meint Major Wolf aus *Das Wunder von Berlin* zum Protagonisten Marco in der Arrestzelle. Zuvor hatte er seinen Unteroffizier bei einer Gefechtsübung kritisiert, um einem schwachen Kameraden zu helfen. Diese Szene ist der Anfang der Konstruktion dieses Majors als idealistischen Sozialisten, der dem jungen Rekruten den humanistischen Grundgedanken des Sozialismus näherzubringen versucht. An Weihnachten verteilt er Bier unter den Wehrpflichtigen und betont stets von den Rekruten nichts abzuverlangen, wozu er nicht auch selbst bereit sei. Auch in *Der Turm* zeigt sich die Figur eines Vorgesetzten, der moralisches Verhalten über die Missachtung von Befehlen setzt. So wird die Einheit des Protagonisten im Zuge der Proteste vor dem Dresdner Bahnhof im Oktober 89 als Sperrkette hinter den Reihen der Volkspolizei eingesetzt. Im Verlauf der Demonstration wirft sich die Hauptfigur zwischen knüppelnde Polizisten, um seine protestierende Mutter zu beschützen. Doch auch hier wird das den Befehlen entgegenstehende Verhalten nicht scharf sanktioniert. Vielmehr setzt sich der Leutnant des Protagonisten für ihn ein und erreicht eine bloße Versetzung in den Innendienst.

Dieser positive Grundeindruck von Soldaten und Offizieren der NVA wird in *Das Wunder von Berlin* durch die Gegenüberstellung zweier Menschen verstärkt. In den ersten Szenen wird ein Kamerad des Protagonisten eingeführt, der sich stets durch unsolidarisches Verhalten und übertriebene Härte hervorut. Dieser derartig gezeichnete Antagonist begegnet Marco dann just in der Nacht des 9. November wieder. Und zwar nicht in irgendeiner Funktion, sondern als Grenzsoldat, der seinen Abschnitt unbedingt dicht halten und dafür sogar die bewaffnete Verteidigung der Grenze fortführen will. Der Protagonist stellt sich ihm entgegen und betont, dass er geschworen habe die Menschen zu beschützen, nicht auf sie zu schießen. Stärker lässt sich das Narrativ vom moralisch handelnden Angehörigen der NVA gegenüber dem bösen Anderen der Grenztruppen kaum ausdrücken.

Diese Gegenüberstellung scheint in allen Filmen auch bei der Schilderung des Weges in den Armeedienst auf. So beziehen die Filme stets auch das innere Ringen mit der Frage nach der Bereitschaft zum Dienst an der Grenze mit ein. Jedes Mal betonen die Protagonisten der Filme dabei deutlich, auf keinen Fall in den Grenztruppen Dienst tun zu wollen. In *Das Wunder von Berlin* wird dies zusätzlich untermauert, indem Marco im Herbst 1989 Alpträume bekommt. Darin träumt er an die Grenze beordert zu werden und mit der Waffe gegen das Volk vorgehen zu müssen.

Das Narrativ der Abgrenzung aufgreifen

Die NVA sei eine gewöhnliche Armee des Ost-West-Konfliktes gewesen, die sich vor allem in Abgrenzung zu den Grenztruppen der DDR positiv abhebt. Dieses Bild zeichnen die vorliegenden Ergebnisse der Schulbuch- und Filmanalyse. Ein erster Befund, der nun den Ergebnissen der weiteren Analyse der öffentlichen Diskussionen der letzten 26 Jahre standhalten muss. Zunächst einmal gilt es zu prüfen, ob sich diese Kontrastierung mit den Grenztruppen auch in den Filmen *An die Grenze* (2007), *Der Mauerschütze* (2010) und *Drei Stern Rot* (2002) findet, die sich allesamt mit den Grenztruppen der DDR beschäftigen. Analysiert werden muss auch, ob und in welcher Weise die NVA und ihre Offiziere hier repräsentiert sind. Die aktuell laufenden Analysen von Zeitungsartikeln und politischen Grundsatzpapieren bieten schließlich genug Material für eine Verifizierung dieser ersten Ergebnisse. Besonders aufschlussreich ist in diesem Kontext wohl die Berichterstattung über die Mauerschützenprozesse, die ohne Darstellung der historischen Rollen von NVA und Grenztruppen nicht auskommen dürften. Die bisherigen Ergebnisse liefern zudem eine gute Arbeitsgrundlage für die geplanten Gruppendiskussionen mit ehemaligen Angehörigen der NVA. Diese werden über den Kontakt zu Multiplikatoren so ausgewählt, dass unterschiedliche Lebenswege seit 1990 repräsentiert sind. Dazu zählen die Weiterbeschäftigung in der Bundeswehr, ebenso wie ein Engagement in Traditionsverbänden oder ein Bruch mit allem Militärischen. In den Gruppeninterviews mit den so gewonnenen Teilnehmern wird die Abgrenzung zu den Grenztruppen als vielversprechender Gesprächsimpuls die Diskussion initiieren und thematisch eingrenzen.

Kurzbiografie

Philipp Schultheiß, geboren 1986, studierte Politikwissenschaften und Friedens- und Konfliktforschung in Tübingen, Istanbul und Marburg. Seine 2014 vorgelegte Masterarbeit trug den Titel „Vergangenheit Verhandeln - NVA-Traditionsverbände als geschichtspolitische Akteure des DDR-Aufarbeitungsprozesses“. Seit Herbst 2015 lehrt er an der Universität Marburg zum Prozess der DDR-Aufarbeitung und promoviert bei Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung (10%)

- Hinführung zum historischen Problembereich
- Die Aufarbeitung der DDR als Transitional Justice Prozess
 - Theorie, Instrumente, Grenzen und Kritik
 - Transitional Justice und Öffentliche Diskurse

2. Empirische Ausgangspunkte (10%)

- Die NVA in Staat und Gesellschaft der DDR
 - Die Nationale Volksarmee
 - Stellung der bewaffneten Organe in der DDR Gesellschaft
 - Sonderfall „Grenztruppen“
 - Ende der NVA und Integration ehemaliger Offiziere in die Bundeswehr
- Die NVA im Prozess der Aufarbeitung der SED-Diktatur nach 1990
 - Spannungsfelder im Diskurs um die DDR-Vergangenheit
 - Die NVA und die Grenztruppen im Fokus der DDR-Aufarbeitung

3. Methodische Ausgangspunkte (10%)

- Zur Methodologie: Narrative Diskursanalyse
- Forschungspraxis: empirischen Erhebung und Auswertung der Daten
- Kritische Reflexion von Methode und Durchführung

4. Eine ganz normale Armee des Ost-West-Konflikts?

Mediale Repräsentationen der Nationalen Volksarmee seit 1990 (25%)

5. „Wir Soldaten für den Frieden“ - Selbstdarstellung der ehemaligen Offiziere der NVA und Abgrenzung gegenüber den Grenztruppen (25%)

6. Diskussion möglicher Theorieerweiterungen (15%)

- Welche Rückschlüsse sind für die TJ-Forschung relevant und inwiefern ergibt sich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung bestehender Modelle und Theorien?

7. Schlussbetrachtung (5%)

- Fazit mit Ausblick auf wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Relevanz und offenen Fragen, die weiterer Forschung bedürfen

Parmenides, Engels, Einstein – Kontinuität und Wandel ostdeutscher Gravitationsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Philosophie und Politik

Von Raphael Schlattmann

Der sich auf physikalische Rahmenbegriffe des 19. Jahrhunderts stützende Marxismus-Leninismus vertrat einerseits eine Fortschrittsideologie, tat sich aber andererseits schwer, die durch Relativitäts- und Quantentheorie aufgeworfenen begrifflichen Grundfragen in die Kategorien seines philosophischen Fundaments, des dialektischen Materialismus, einzubinden. Grundlegende Aussagen und Interpretationen moderner Theorien waren mit den Begriffen der materialistischen „Klassiker“ nahezu oder gänzlich inkompatibel. Die radikalen Brüche mit der klassischen Physik und somit auch mit den Fundamenten des Marxismus-Leninismus betrafen Konzepte wie Raum, Zeit, Energie, Materie, Anfang und Ende des Kosmos, Kausalität und Subjekt-Objekt-Unterscheidung. Mit den zunehmenden ideologischen Vereinheitlichungsbestrebungen unter Stalin verband sich zunächst in der Sowjetunion eine an Lenins *Materialismus und Empiriokritizismus* angelehnte erneute „Krise der modernen Physik“, in deren Verlauf es zu großen physikalisch-philosophischen Spannungen kam, die stets politische Aspekte einschlossen und/oder Konsequenzen nach sich zogen. In verschiedenen Ausprägungen traten diese Krise und darauf folgende Aushandlungsprozesse auch in anderen sozialistischen Staaten wie der SBZ/DDR auf. Infragestellung jener Begriffe konnte somit zugleich innovativ wie auch politisch brisant sein und führte auf Seiten ostdeutscher Physiker bisweilen zu Lippenbekenntnissen, aber auch Akzeptanz, stiller Anpassung oder öffentlicher Auseinandersetzung. Die anfänglich stark populistisch geprägte Debatte wandelte sich im Rahmen der Entstalinisierung und einer Wende der Sowjetphilosophie gegenüber Einstein im Jahr 1955, so dass sich sowohl unter östlichen als auch westlichen marxistischen Physikern wesentlich differenziertere materialistische Standpunkte herausbildeten. Ende der 50er Jahre verschoben sich die Diskussionen daher zunehmend auf speziellere physikalische Themen wie beispielsweise die Problematik schwarzer Löcher.

Das Promotionsvorhaben setzt hier ein und fragt, ob, in welchem Umfang und in welcher Weise die durch die DDR-Führung offiziell legitimierte Geisteshaltung die Praxis gravitationsphysikalischer Forschung mitformte. Dabei soll das Spannungsverhältnis zwischen den angedeuteten sehr unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten des dialektischen Materialismus und den realen Zwängen weltanschaulich legitimierter Machtausübung herausgearbeitet werden. Fokussiert wird insbesondere auf Selbst- und Fremdmobilisierungsverhältnisse zwischen individuellem Forscher und Staat vor dem Hintergrund der damit verbundenen individuellen Einbettung in wissenschaftliche und politische Institutionen. Waren Bezüge auf Marx, Engels und Lenin in fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen sozialistische Rhetorik oder konkret forschungsleitend? Inwieweit überlagerten sich aktive politische Positionierung, Lippenbekenntnisse und philosophische Überzeugung? Exemplarisch wird die Verflechtung von Wissenschaft, Philosophie und Politik anhand des Physikers Hans-Jürgen Treder (1928-2006) untersucht. Dieser war einerseits ein international anerkannter und überdurchschnittlich produktiver Gravitationsforscher, der die ostdeutsche Forschungslandschaft thematisch und organisatorisch über Jahrzehnte prägte. Andererseits war er ein naturphilosophisch und wissenschaftshistorisch arbeitender Autor, bekennender Marxist sowie vermeintlicher „Wende-Verlierer“. Wandlungen im Wissenschaftsverständnis der SED-Führung und die damit verknüpften wissenschaftspolitischen Entscheidungen von der ersten bis zur dritten Hochschulreform bzw. der Akademiereform 1967-69 sowie die Zäsur 1989/90 brachten inhaltliche und strukturelle Veränderungen mit sich, die sich in Treders Karriere maßgeblich wieder spiegeln. Sein wissenschaftlicher Werdegang dient demnach als Richtschnur für ein Verständnis von Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander und markiert darüber hinaus die zeitlichen Grenzen der Studie (1947-2006).

Kurzbiografie

Raphael Schlattmann, geboren 1985, studierte Physik und Wissenschaftsgeschichte an der Freien sowie der Technischen Universität Berlin. In seiner Masterarbeit untersuchte er Mitführeffekte in einer teleparallelisierten Gravitationstheorie. Bis November 2016 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie, Literatur-, Wissenschafts- und Technikgeschichte der TU Berlin und promoviert dort seit Mai 2016 bei Prof. Dr. Friedrich Steinle.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1 Fragestellung und Forschungsstand
- 1.2 Thesen und Aufbau der Arbeit

2. Theorie und Methode

- 2.1 Theoriekonzeption: Historisierung wissenschaftlicher Tatsachen
 - 2.1.1 Denkkollektiv und Denkstil
 - 2.1.2 Formelle und informelle Denkkollektive
- 2.2 Analysemethoden: Vernetzte Forschung
 - 2.2.1 Topographien wissenschaftlicher Austauschprozesse
 - 2.2.2 Zur Rolle der Oral-History und ego-zentrierter Netzwerke
- 2.3 Quellenlage

3. Gravitationsphysik im Spannungsfeld von Philosophie und Politik in der DDR

- 3.1 Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR
 - 3.1.1 Politisch-kultureller Kontext
 - 3.1.2 Entwicklungen der Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis der SED
 - 3.1.3 Moderne Physik in SBZ und DDR
 - 3.1.4 Dialektischer Materialismus und gravitationsphysikalische Grundbegriffe
- 3.2 Rahmenbedingungen
 - 3.2.1 Anfänge und institutionelle Verankerung der Disziplin
 - 3.2.2 „Renaissance“ der allgemeinen Relativitätstheorie
- 3.3 Politische und weltanschauliche Umbrüche: 1989/90

4. Die Praxis gravitationsphysikalischer Forschung in der DDR

- 4.1 Das Denkkollektiv um Hans-Jürgen Treder
 - 4.1.1 Analyse des formellen und informellen Denkkollektivs
- 4.2 Kontinuität und Wandel - Entwicklung eines Denkstils
 - 4.2.1 „Berliner Jahre“ (1947-1968)
 - 4.2.2 ZIAP und der Forschungsbereich Kosmische Physik (1969-1981)
 - 4.2.3 Einstein-Laboratorium und Wendejahre (1982-2006)

4.3 Physik der Prinzipien - Formen eines Denkstils

4.3.1 Die Rolle der Philosophie im Denken Hans-Jürgen Treders

4.3.2 Kognitive Variablen: Forschungsmethoden und Themenprofil

4.3.3 Kognitive Aspekte: Selbst-, Fremdverständnis und Wissenschaftsbegriff

5. Schlussbetrachtung

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit

5.2 Strukturell oder individuell? Verallgemeinerungspotential des gewählten Fallbeispiels

- N O T I Z E N -